

**Zeitschrift:** Das Konzept : die Monatszeitung  
**Herausgeber:** Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS  
**Band:** 6 (1977)  
**Heft:** 1

## Heft

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 09.05.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

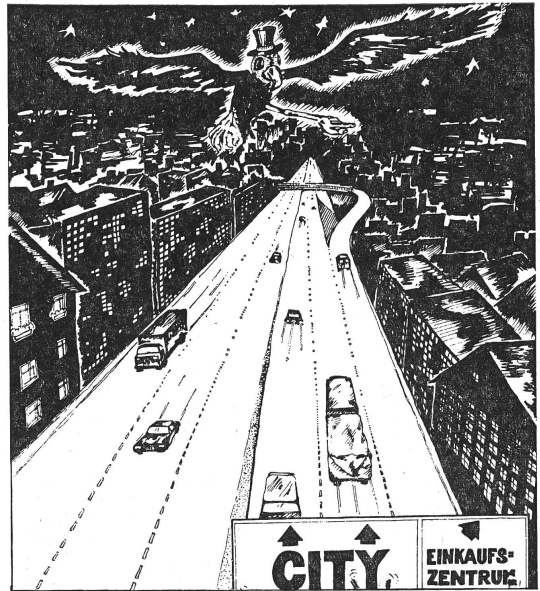
# das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 32 000

Redaktion: Konrad Fisler, Ruedi Küng, B.D. Niebühl, Rolf Nef, Beat Schweingruber  
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. (0)1 47 34 00  
Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.- (Ausl. 20.-) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmat-  
quai 94, 8023 Zürich, Tel. (0)1 47 34 00  
Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Alfred Andersch:  
Zwölf Strophen über die  
Arbeitslosigkeit Seite 2  
Die Studienbibliothek zum Studium  
der Geschichte der schweizerischen  
Arbeiterbewegung Seite 2  
Materialien und Hinweise  
Bundesrat Hürlimann lehnt  
Qualitätsprämie für «Ernst S.»-Film  
ab  
Niklaus Meienberg schreibt einen  
offenen Brief an den Bundesrat Seite 3  
Cincera zwingt die Geister,  
Farbe zu bekennen.  
Jürg Frischnecht analysiert die  
Reaktionen auf die Affäre Cincera Seite 5  
Gären im SSR: Suche nach einer  
fortschrittlichen Betriebsstruktur  
im Schweizer Studentenreisendienst Seite 6  
Was Ihnen 1976 brachte...  
mindestens mit dem «Konzept»  
Das Beste aus «das Konzept» 1976 Seite 7  
Wirbel um das «Konzept»-Interview  
mit Autor W. Kauer: Entgegnungen Seite 7  
Genfs «Université populaire» Seite 9



Ein ketzerischer Beitrag zur verkehrten Verkehrspolitik

## 1987 – als das Verkehrsproblem gemeistert war

... oder die Vorwegnahme eines fast paradiesischen Zustandes

Verkehrspolitik ist zurzeit ein heisses Thema. Mindestens vier schweizerische Volksinitiativen sind hängig, welche den Strassenverkehr betreffen. Die grosse Diskussion um öffentlichen und privaten Verkehr ist in Gang gekommen. Eine Gesamtverkehrskommission wertet wacker mit. Man ist sich einig, dass eine Wende eintreten muss, dass es wie bisher nicht weitergehen kann. Fast jede Partei bekennt sich zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, aber getan wird nichts.

Anfang dieses Jahres, auf den 1. 1. 1987, ist die letzte Rate der achtstufigen Benzinpreiserhöhung in Kraft getreten, womit der Benzinpreis nun auf der vorgesehenen Höhe von 5 Franken pro Liter angelangt ist. Im Jahr 1980 begannen und jährlich um 50 Rappen pro Liter Treibstoff erhöht, hat damit die schrittweise Belastung des Motorfahrzeugverkehrs mit den durch ihn verursachten sozialen und umweltbezogenen Kosten im Rahmen des «Bundesgesetzes zur Einführung einer allgemeinen Verkehrsabgabe nach dem Verursacherprinzip» von 1979 ihren vorläufigen Abschluss gefunden.

Dieses gewiss historische Ereignis ist Anlass genug, einmal eine Zwischenbilanz der inzwischen eingetretenen Entwicklung zu ziehen – einer erstaunlichen und erfreulichen Entwicklung notabene, von der noch vor 10 Jahren niemand zu träumen gewagt hätte...

### Zwei Drittel weniger Autoverkehr

In den sieben Jahren seit Anfang 1980 ist der Treibstoffverbrauch und damit der Motorfahrzeugverkehr, verglichen mit dem Volumen der 70er Jahre, um rund 66% zusammenge-schrumpft! Die Abnahme verteilt sich nicht gleichmässig auf das ganze Landesgebiet: In den Städten und Agglomerationen beträgt sie nach kürzlich durchgeführten Erhebungen fast 75%, in den ländlichen Gebieten hingegen «nur» etwa 50%, was in erster Linie auf den unterschiedlichen Grad der Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzuführen ist.

Dieses erstaunliche Ergebnis ist allerdings nicht allein das Resultat der Benzinpreiserhöhungen. Die nochmals herabgesetzten Tempolimits, die Ver-

kehrsbeschränkungen in den Städten und die gezielte Parkraumbewirtschaftung haben ihr übriges dazu getan. Nicht zuletzt sind es allerdings auch die in der Zwischenzeit ergriffenen vielfältigen und umfassenden Massnahmen zum Ausbau und zur Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel, welche immer mehr Automobilisten zum Umsteigen bewogen haben.

Der Trend weg vom Auto setzt sich im übrigen immer noch fort. Da sich die letzte Erhöhungstranche von 4.50 Fr. auf 5 Fr. pro Liter Benzin erst von jetzt an auswirkt, ist in diesem Jahr nochmals mit einem Rückgang von 5-10% zu rechnen. Ausserdem bleibt abzuwarten, wie sich der laufende, intensive Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die letzten Tarifsenkungen längerfristig auswirken werden.

### Zustände wie 1950

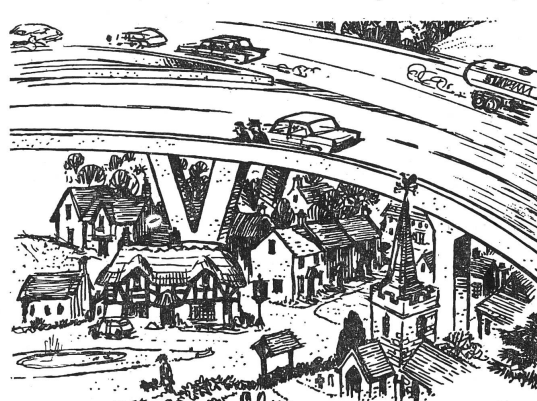
Schon jetzt aber kommen die Vorteile des drastisch verminderten Individualverkehrs voll zum Tragen. Namentlich die Bevölkerung in den Städten kann buchstäblich «aufatmen». Da im selben Zeitraum die Abgas- und Lärmvorschriften für Motorfahrzeuge ebenfalls wesentlich verschärft wurden, sind die lufthygienischen Verhältnisse um ein Vielfaches besser geworden.

Die chaotisch verstopften Städte gehören so ziemlich der Vergangenheit an. Vielerorts konnten sogar Verkehrsflächen den Fussgängern und Quartierbewohnern zurückgegeben oder wieder in Grünflächen umgewandelt werden. Zahlreiche Strassenwege konnten für den Durchgangsverkehr gesperrt werden, und die dortigen Anwohner kamen endlich zu ihrer schlichtest erwarteten Ruhe. Auch in den verbleibenden Strassen ist der Verkehr merklich ruhiger geworden; zudem sind mit den Mitteln aus

den Verkehrsabgaben bereits zahlreiche Massnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes verwirklicht worden.

### Kein Verlust von Arbeitsplätzen

Erstaunlich an dieser volkswirtschaftlich doch beträchtlich ins Gewicht fallenden Umstrukturierung des Verkehrslebens ist vor allem, dass sie weder auf



»Blödsinnige Idee, ausgerechnet hier ein Dorf zu bauen!«

Kosten der Mobilität noch auf Kosten der Volkswirtschaft erfolgt ist. Wohl verzichten jetzt viele Leute auf überflüssige Fahrten, aber im grossen und ganzen ist die Abnahme des Privatverkehrs durch eine annähernd entsprechende Zunahme des öffentlichen Verkehrs ausgeglichen worden.

Die Pro-Kopf-Ausgaben im Sektor Verkehr sind im Mittel leicht angestiegen, sie hängen aber im einzelnen stark vom Verkehrsmittel ab. Personen, die sich vorwiegend im Privatfahrzeug bewegen, haben heute wesentlich höhere Verkehrskosten, während die Benutzer des öffentlichen Verkehrs bei gleicher Fahrleistung billiger als früher wegkommen.

Profitiert hat auch der Arbeitsmarkt. Da die Gesamtverkehrsausgaben, wie gesagt, leicht angestiegen sind, konnte die Zahl der Arbeitsplätze nicht nur gewahrt, sondern sogar erhöht werden; allerdings war und ist das grösstenteils mit einer Verschiebung aus dem privaten Sektor des Automobilgewerbes in den der öffentlichen Verkehrsunternehmen verbunden. Viele ehemals im Autogewerbe Beschäftigte (Mechaniker, Spengler, Tankwarte usw.) arbeiten heute bei der Bahn oder einem Busbetrieb in ihrer Region, sei's als Chauffeur oder in der ursprünglich gelernten Funktion (auch Bahn- und Busfahrzeuge müssen schliesslich gewartet werden).

Im Tiefbausektor hat sich die Be-

schäftigtenzahl ziemlich stabil gehalten. Heute wird etwa gleich viel Geld in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs (vorab des Schienenverkehrs) investiert wie vor zehn Jahren in den Strassenbau.

### Der Verkehrsfonds

Vom Jahr 1980 an stand nämlich der durch die allg. Verkehrsabgaben gespeiste Verkehrsfonds zur Verfügung, damals noch mit 1,6 Milliarden Franken, im letzten Jahr bereits mit 4,6 Milliarden (vgl. Tabelle). Dieser Fonds wird gegenwärtig etwa so verwendet:

• Ein Drittel fliesst in den Betrieb der öffentlichen Verkehrsmittel (OV). Damit können einmal die Fehlbeträge in der traditionellen Betriebsrechnung, die früher aus Steuermitteln erbracht werden mussten, gedeckt werden (von der falschen Bezeichnung «Defizite» ist man mittlerweile abgekommen, da es sich volkswirtschaftlich gesehen gar nicht um Defizite handelt); darüber hinaus liefert dieses Drittel Geld für ein zusätzliches «Leistungsangebot, für dichtere Fahrpläne, für zusätzliche Verbindungen und für Nachkurse in den Agglomerationen. Seit 1983 konnten sogar, zur Förderung des umweltgerechten Verkehrsverhaltens, zweimal Tarifsenkungen von 10 bzw. 15% vorgenommen werden. (Die

stimmen Fällen Beiträge aus dem Fonds ausgerichtet.

Man darf mit Fug behaupten, dass sich die Anstrengungen gelohnt haben. Auf dem Sektor des öffentlichen Verkehrs steht heute dem Benutzer ein Leistungsangebot zur Verfügung, das sich kaum mehr mit jenem der 70er-Jahre vergleichen lässt, auch nicht mit dem um 1950 herum, obwohl die Bahnen damals etwa den gleichen Anteil am Gesamtverkehr auf sich vereinigen wie heute. In den meisten Städten sind Tram und Bus derart schnell und pünktlich geworden, dass sich von den verbliebenen Automobilisten laufend noch welche zum Umsteigen bewegen lassen.

### Das Ende des Strassenbaus

Mit dem Strassenbau grossen Stils ist es nun endgültig vorbei. Wo noch gebaut wird, handelt es sich um Umfahrungenstrassen von Dörfern oder um Sanierungen von Gefahrenstellen. Der Nationalstrassenbau ist praktisch völlig zum Stillstand gekommen. Erstens ist kaum mehr ein Bedürfnis dafür vorhanden, zweitens sind die zweckgebundenen Einnahmen aus dem Treibstoffzuschlag natürlich auch rapid zurückgegangen (vgl. Tabelle). Die längst umstrittene Zweckbindung auf den Treibstoffzöllen wird voraussichtlich im nächsten Jahr ohnehin aufgehoben: das letzte Relikt aus der Zeit der Auto-Euphorie, das die Automobilverbände hartnäckig und bis zur Nutzlosigkeit zu verteidigen vermocht hatten.

Vom Rawiltunnel und von der linksufrigen Brienzerseestrasse spricht heute niemand mehr. Da und dort werden Autobahnstrecken zum Schutz von Wohn- oder Erholungsgebieten überdeckt. Einzelne besonders exponierte Abschnitte sind sogar stillgelegt worden, beispielsweise die Trasse der N 12 über dem Weyermanns-Bad bei Bern, das vor 15 Jahren von der Bevölkerung vehement, aber leider erfolglos bekämpft worden war.

Die berühmte-berüchtigte Zürcher Sihlhochstrasse, seit zwei Jahren ausser Betrieb, wird noch dieses Jahr abgebrochen; lediglich ein ganz kurzes Stück beim Bahnhof Giesshübel soll stehenbleiben – als Mahnmahl einer verrückten Zeit.

Zur erfreulichen Bilanz gehört natürlich auch die Abnahme der Verkehrsunfälle. Waren 1974 beispielsweise noch 1372 Verkehrstote in der Schweiz zu beklagen, so sind es 1985 noch 269 gewesen, was eine Abnahme von über 80% entspricht.

### Soziale Probleme nur teilweise gelöst

Gewiss hat die Umstrukturierung des Verkehrswesens auch Nachteile und Schwierigkeiten mit sich gebracht. Das Auto hat in unserer Gesellschaft eben eine Stellung eingenommen, die weit über die eigentliche Verkehrsfunktion hinausging. Für viele war es Identifikationsobjekt (eine Mietwohnung kann man meist nicht verändern, wohl aber ein eigenes Auto); für andere war es Statussymbol, oder Fluchtoobjekt, oder alles in einem. Vielen Leuten ist es anfanglich schwergefallen, auf gewisse Bequemlichkeiten zu verzichten.

Aber man muss es sehen: Uner-schwinglich ist es ja nicht geworden, das Autofahren, bloss einfach teurer. Bei einem Mittelklassewagen liegen die Kilometerkosten heute bei 70 Rappen statt bei 30 wie vor 10 Jahren. Wer also auf seine Bequemlichkeit oder sein Statussymbol nicht verzichten kann, der wird auch nicht zum Verzicht gezwungen. Nur muss er eben heute die vollen Kosten dafür tragen, auch die externen, die Kosten der Umwelt.

Und gerade die unteren Einkommensschichten, von denen man am ehesten sagen könnte, man habe ihnen das

Fortsetzung auf Seite 4

## Verkehrsentwicklung 1979–1987

Aus der Tabelle wird deutlich die Abnahme des privaten und die Zunahme des öffentlichen Verkehrs in Abhängigkeit vom Benzinpreis (sowie andern, hier nicht dargestellten Faktoren wie Verkehrsbeschränkungen, Tarif und Leistungsangebot beim ÖeV usw.) sichtbar. Zum Vergleich sind noch die Jahre 1970, 1973 (Rekordjahr vor Erdölkrise und Rezession) und 1975 aufgeführt. Die Angaben für das laufende Jahr 1987 beruhen auf Trendextrapolationen.

| Jahr  | Benzinpreis<br>(Fr./l) | Treibstoffverbrauch<br>(Mio. l) | ± %    | Verkehrsleistung<br>im Personenverkehr<br>(Mrd. Pkm) | öffentl.<br>Verkehr | Zollerträge aus<br>Treibstoffen<br>(Mio. Fr.) | zweckgebund.<br>Strassenbau | Verkehrsabgaben<br>für Fond<br>(Mio. Fr.) |
|-------|------------------------|---------------------------------|--------|------------------------------------------------------|---------------------|-----------------------------------------------|-----------------------------|-------------------------------------------|
| 1970* | -80                    | 3200                            |        | 46,5                                                 | 12,5                | 1210                                          | 910                         | —                                         |
| 1973* | -90                    | 3940                            | + 23,1 | 56,8                                                 | 12,9                | 1680                                          | 1330                        | —                                         |
| 1975* | —                      | 3700                            | - 6,1  | 53,8                                                 | 13,1                | 1930                                          | 1600                        | —                                         |
| 1979  | —                      | 3900                            | + 5,0  | 55,8                                                 | 13,5                | 2030                                          | 1670                        | —                                         |
| 1980  | 1,50                   | 3315                            | -15    | 47,5                                                 | 18,2                | 1720                                          | 1420                        | 1650                                      |
| 1981  | 2—                     | 2650                            | -20    | 38,9                                                 | 27,8                | 1380                                          | 1130                        | 2650                                      |
| 1982  | 2,50                   | 2120                            | -20    | 32,4                                                 | 34,7                | 1100                                          | 910                         | 3180                                      |
| 1983  | 3—                     | 1800                            | -15    | 27,8                                                 | 39,8                | 940                                           | 770                         | 3600                                      |
| 1984  | 3,50                   | 1620                            | -10    | 24,9                                                 | 43,2                | 840                                           | 690                         | 4050                                      |
| 1985  | 4—                     | 1460                            | -10    | 22,3                                                 | 46,9                | 760                                           | 620                         | 4380                                      |
| 1986  | 4,50                   | 1330                            | -10    | 19,9                                                 | 50,3                | 680                                           | 560                         | 4655                                      |
| 1987  | 5—                     | 1200                            | -10    | 18,0                                                 | 53,0                | 610                                           | 500                         | 4800                                      |

\* Die Zahlen für die Jahre 1970–75 sind durchaus real und stammen aus den einschlägigen Statistiken.



## Quellen der Arbeiterbewegung (2)

# «Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung»

Ein bedeutender Teil dessen, was über die modernen Klassenkämpfe und über den Weg zur sozialistischen Gesellschaft, über politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Konflikte der Arbeiterbewegungen geschrieben wurde, steht in den Bibliotheksräumen der «Studienbibliothek» an der Wildbachstrasse 48 in Zürich 8. Im gleichen Haus haben auch die Gewerkschaft Kultur (GKEW) und die Limmat-Verlag-Genossenschaft ihren Sitz.

Im Les- und Arbeitszimmer im Erdgeschoss finden sich neben Marx-Engels-Werken und Lenin-Schriften verschiedene Handbücher, grossformatige Zeitschriften und eine Weltgeschichte in 10 Bänden der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion. Neben im Geschichts- und Theoriezimmer sind Bücher über Geschichte, Gewerkschaftsbewegung, Marxismus, Philosophie, über Ökonomie, Soziologie, Bildung, Erziehung und Frauen untergebracht. In höheren Stockwerken, in labyrinthartig ineinandergeschachtelten Regalfreien, stehen Publikationen über verschiedene Länder, proletarische und gesellschaftskritische Belletristik, Massenmedien- und Kunstbücher ...; sie sind jeweils thematisch geordnet.

## Und so begann es

Das Treppenhaus ist das Zeitungs- und Zeitschriftenparadies. In den vielen Ecken vergehen die Stunden oft zeitlos. Der unmittelbare Kontakt mit all dem Geschriebenen und die Verschiedenheit der Bibliotheksbenutzer sorgen für eine menschliche, gemütliche Atmosphäre, die in den oftmals steril anmutenden Bibliotheken selten zu finden ist.

Eine Bibliothek wurde von Theo Pinkus (Buchhändler und Antiquar) und Amalie Pinkus im Verlauf ihrer rund 50jährigen politischen Tätigkeit zusammengebracht (der Grundstock konnte 1933 vor der Vernichtung durch die Nationalsozialisten in die Schweiz gerettet werden). Daraus wurde 1972, zusammen mit der Buchhandlung Pinkus & Co. und deren Liegenschaft, eine Stiftung geschaffen, deren Ziel es ist, diese Bibliothek unabhängig von privaten Bedürfnissen und Zufälligkeiten zu erhalten und einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch Schenkungen wurde der Liegenschaftserwerb an der Wildbachstr. 48 möglich. Die Buchhandlung, die sich speziell mit Sozialismus, Arbeiterbewegung und revolutionären Befreiungsbewegungen befasst, wurde von der Stiftung gegen ein nicht rückzahlbares Darlehen einer unabhängigen Genossenschaft (heutige Buchhandlung «Pinkus-Genossenschaft») übergeben. Der Zins für dieses Darlehen erfolgt in Form von Bücherlieferungen, womit der weitere Ausbau der Bibliothek gewährleistet bleibt. Ausserdem wird die «Studienbibliothek» durch Schenkungen der Verlage und

von privater Seite sowie Tauschvereinbarungen mit andern Bibliotheken ergänzt.

## Heute eine Fundgrube

Die «Studienbibliothek» besteht aus etwa 75 000 z. T. mehrbändigen Werken rund 85% in deutscher Sprache, einer Sammlung von Dossiers mit Broschüren und Kleinschriften und etwa 300 Zeitschriften und Zeitschriften, z. T. in grösseren, in sich abgeschlossenen Reihen, unter ihnen etwa die Hälfte laufende Abonnemente.

Hervorzuheben wären unter anderem die detaillierten Dokumentationen zur deutschen Arbeiterbewegung, europäischen Revolution von 1848, internationalen Arbeiterbewegung der I. bis III. Internationale, zum spanischen Bürgerkrieg, zu Russland und der Sowjetunion. Selten auch für westeuropäische Verhältnisse die Vielfalt an politischen und kulturellen Zeitschriften aus der DDR (darunter viele aus der Zeit des kalten Krieges).

In den abgeschlossenen Zeitschriftenreihen sind unter anderem zu finden: «Arbeiter Illustrierte Zeitschrift» (Berlin/Prag), «Commune» (Paris 1936), «Neue Zeit» (Kautsky), seit 1945 «Neue Zeit» (Moskau), «Der Gegner» (1920), «Die Gleichheit» (C. Zetkin, 1915-17), «Ordine nuovo» (Gramsci, Reprint), «Der Rote Aufbau» (Willi Münzenberg, Berlin), «Humanität». Zu den Spezialitäten der «Studienbibliothek» gehört eine Sammlung von mehr als 200 illega-

len, z. T. getarnten Schriften, die äusserlich als Koch- oder Heilmittel aufgemacht sind (z. B. Teebeutel- oder Backpulversäckchen). Sie stammen aus der Zeit des Faschismus in Italien, Österreich und Deutschland. Beinahe vollständig gesammelt (äusserst selten) liegt hier die «Arbeiter Illustrierte Zeitung» (AIZ) auf. Sie ist die erste und grösste Illustrierte der Arbeiterbewegung.

Die «Studienbibliothek» ist in eine Schlagwort-, Autoren-, und Archivkartei gegliedert, die meist kreuzregisterartig zusammenhängen. Das Archiv mit Zeitungs- und Zeitschriftenmaterialien, Flugblättern und Broschüren (seit 1955 systematisch erfasst) wird heute laufend weitergeführt. Die oft mehrseitigen Archivstücke werden nummeriert und in die Stichwortkartei eingetragen. Die Stichwortkartei enthält auch Verweise auf andere Archive.

## Nach dem Muster einer echten Volksbibliothek

Das Arbeiten in der «Studienbibliothek» unterscheidet sich von andern Bibliotheken: Man sucht und holt sich die Bücher selber. Sie sind in nach Stichworten getrennten Regalen aufbewahrt. Dies ermöglicht dem Benutzer einen schnellen und guten Überblick, um andere Titel seines Themas zu finden. Die Zimmerangabe und die Bestellnummer können der Stichwortkartei in der Kartei entnommen werden.

Aus finanziellen und personellen Gründen werden in der Regel die Bücher und Archivstücke nicht ausgeliehen. Auch sind manche der Stücke zu selten und zu wertvoll dazu. Bücher lesen und mit ihnen arbeiten kann man im Hause; Arbeitsplätze, wie die Möglichkeit zu photokopieren (im Nebenhäus) sind gegeben. Die Benutzer sind meistens Studenten und Wissenschaftler, die aus allen möglichen Ländern kommen. Da die «Studienbibliothek»



keine Subventionen erhält, muss die anfallende Arbeit ausschliesslich ehrenamtlich erledigt werden. Verschiedene Arbeitsgruppen, Fachleute und Studenten, betreuen und bearbeiten ein spezielles Gebiet autonom. Diese Gruppen sind offen, und Mitarbeiter sind jederzeit willkommen. Beschäftigte Gruppen verlassen sich mit Frauenliteratur, Philosophie, Literatur, Massenmedien, Geschichte, verschiedenen Ländern ... Dadurch sind jedoch längst nicht alle Gebiete abgedeckt. Es wäre nötig, neue Gruppen zu bilden.

Die «Studienbibliothek» will weder Ersatz noch Konkurrenz zu den bestehenden öffentlichen und lokalen Universitätsbibliotheken sein. Sie versteht sich als Alternativ- oder Zweitbibliothek. Die Bestrebungen laufen in Richtung Archivkoordination, die keine örtliche Beschränkung kennt, sich also über alle Länder erstrecken kann. Verbindungen und Doublettenaustausch bestehen mit verschiedenen Archiven der Arbeiterbewegung in der BRD, der DDR, dem Thorez-Institut (Paris), dem internationalen Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam). Wertvoll ist auch der Austausch auf den internationalen Tagung der Arbeiterbewegung (ITH) in Linz.

Der Stiftungsrat der «Studienbibliothek» fördert auch die Herausgabe einer Schriftenreihe, in die wichtige Bücher

## Öffnungszeiten:

Dienstag: 9-13, Freitag: 14-19 oder nach telef. Vereinbarung: 55 44 36 oder 45 22 19

Während der angegebenen Öffnungszeiten können sich auch Leute melden, die Interesse haben, in der Studienbibliothek stunden- oder halbtagsweise mitzuarbeiten.

über die Geschichte der Arbeiterbewegung aufgenommen werden. Bis jetzt veröffentlichte Arbeiten sind:

• Band 1: «Giustizia e Libertà», über eine antifaschistische Bewegung in Italien (Esther Modena, 1974)

• Band 2: «Zur Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter» Quellenband (Autorenkollektiv, Limmat-Verlag-Genossenschaft, 1975)

• Band 3: «Kritiker, Ketzler, Kämpfer» – Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher (Karl Lang, Limmat-Verlag-Genossenschaft, 1975)

Im Haus der «Studienbibliothek» ist auch die «Studienvereinigung zur Geschichte der Arbeiterbewegung». Sie zählt schon jetzt 80-90 Mitglieder (Gewerkschafter, Wissenschaftler, Studenten und aktive Leute aus der Arbeiterbewegung), die sich zum Ziel gesetzt haben, weiter zu forschen und dieses Wissen zu verarbeiten und zu popularisieren. Sue Meili

# Zwölf Strophen über die Arbeitslosigkeit

von Alfred Andersch

- es gibt nur zwei freiheten die freiheit nicht arbeiten zu brauchen wenn einer keine lust hat zu arbeiten und die freiheit arbeiten zu dürfen wenn einer arbeiten will
- die freiheit des managers einen zu entlassen der arbeiten will gibt es nicht
- der die arbeit von einem anderen genommen hat hat nicht das recht sie ihm wieder wegzunehmen
- allgemein bekannt ist dass die welche arbeitgeber heissen diejenigen sind die sie nehmen während die welche arbeitnehmer heissen diejenigen sind die sie geben
- arbeitgeber wenn diejenigen die eure arbeit genommen haben euch zu viele gegenstände produzieren liessen so dass sie nicht mehr wissen wohin damit waren sie unfähig arbeit zu planen müssen also entlassen werden
- das gibt es nämlich eine geplante und infolgedessen funktionierende volkswirtschaft in der jeder der arbeiten will arbeit findet

- wenn es was es scheint nun zu viele autos autostrassen fernsehergeräte waschmaschinen fotoapparate polstersessel strümpfe pillen schnäpse zigaretten gibt so muss die produktion umgestellt werden auf wohnungen die nicht schund sind kinderspielfläche gärten bäder filme theater konzerte und einrichtungen für sie intensive hochbezahlte landwirtschaft wälder freie natur reinheit des himmels des wassers und der erde reformen des schulwesens der medizin und der gefängnisse die anwendung der psychotherapie und dies alles nicht nur für uns sondern für die völker die hungern ein arbeitsplan ausreichend für – gering geschätzt – zwei jahrhunderte vollbeschäftigung
- arbeitgeber diejenigen die eure arbeit nehmen verhöhnen den gedanken an geplante arbeit als utopie wer soll das bezahlen fragen sie diese volkswirtschaftlichen nichtskönner mit ihrer spiessigen geldphilosophie lasst euch von ihnen nichts vormachen die finanzierung gemeinsamer öffentlicher profitloser arbeit ist überhaupt kein problem

- geld ist kein wert an sich sondern ein hilfsmittel seine produktion kann geplant werden geld ist ein teil von arbeit
- ich verzichte darauf darzustellen wie die arbeitnehmer leben welche profite sie einstreichen während ihre arbeitgeber arbeitslos sind sogar kommt mir die galle hoch sonst eure arbeitslosigkeit arbeitgeber lassen sie zu euch selber bezahlen denn ihre beiträge zur arbeitslosenversicherung haben sie in ihre profite längst einkalkuliert
- übrigens ist die krise künstlich inmitten dessen was sie rezession nennen schütten die manager dividenden aus wie noch nie aber das nur nebenbei
- was eigentlich ist pervers als eine kündigung einer teilt einem anderen mit dass er nicht mehr arbeiten darf arbeitgeber zerreis den wisch bleib an deinem arbeitsplatz wirf den unfähigen der dir deine arbeit wegnehmen will aus der fabrik sie gehört nämlich denen die maschinen in gang setzen nicht denen die sie anhalten maschinen die schweigen in werkshallen stehen und menschen die nicht arbeiten dürfen was für ein system

- im letzten winter ein und eine halbe million allein in westdeutschland fünfzehn millionen in den westlichen industrielländern ungezählte millionen kurzarbeiter zum staunen ist daran nur dass es noch immer leute gibt die ein solches system für funktionsfähig halten ein naturereignis sagen sie indessen andere darüber nachzudenken beginnen ob es nicht an der zeit wäre ein paar hundert leute zu entlassen welche die macht haben millionen zu entlassen jene manager die ihre unfähigkeit arbeit zu planen als ein naturereignis verkaufen
- Anmerkung  
ich bin vorsichtig  
noch behaupte ich nicht sie hätten die arbeitslosigkeit geplant sie planen ja überhaupt nichts wahrscheinlich ist ihnen das alles peinlich wahrscheinlich trauern sie in ihren verinnerlichten häusern am stadtrand umgeben von humanismus und joseph beuys wahrscheinlich sind sie nicht böse sondern bloss unfähig arbeitgeber bewilligt ihnen einen ruhigen lebensabend mit psychotherapeutischer behandlung ihrer aber richtet euch unerbittlich eine neue produktionsweise ein eine fähige

# das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz. Telefon ☎ (01) 47 75 30, Postcheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Konrad Felsler, Ruedi Küng, Rolf Nef, Bernd Dieter Niebuhr, Beat Schweingruber. Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Grafische Gestaltung: Arthur Doppmann

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 34 00, telex 53 235 1-spm-Zeile – 62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionschluss Nr. 2: 21. 1. 77  
Inseratenschluss Nr. 2: 28. 1. 77

Copyright by Alfred Andersch, CH 6611 Berzona. Nachdruck nur mit Genehmigung des Autors. Auszugswieser Abdruck und Umstellungen des Zeilen-Umbruchs sowie der Abstände wird nicht gestattet.

Bundesrat Hürlimann lehnt eine Qualitätsprämie für «Ernst S.»-Film ab

## Die Entschliessung des Hans H.

Der Film «Die Erschiessung des Landesverraters Ernst S.» von Richard Dindo und Niklaus Meienberg erhält auf persönlichen Entscheid des Bundesrates Hürlimann und gegen die Mehrheit der Expertenkommission keine Qualitätsprämie des Bundes. Der Film, welcher dem Schicksal eines «kleinen» Landesverraters nachgeht<sup>1</sup>, hat erneut bewiesen, dass das dunkle Kapitel Schweiz im 2. Weltkrieg ein heisses Eisen ist. Die Recherchen der Autoren zeigen nämlich auf, dass damals die für den Schweizer Staat wirklich gefährlichen Leute in hohen Ämtern mit Samthandschuhen angefasst wurden, während man unten bei relativ harmlosen Vergehen schnell exekutierte. Aber Bundes-

rat Hürlimann will von solchem nichts wissen, und er will dies nicht, indem er als Staat Schweiz in Person auftritt. So lässt er denn auch das heisse Eisen, welches der Film aus der Glut zog, mit Würde zu Boden fallen und wirft den Filmautoren «Unausgewogenheit» vor. Wir drucken den ganzen Hürlimann-Brief an Richard Dindo ab, und Niklaus Meienberg antwortet in eigener Sache. Er fragt sich (und Hürlimann) schliesslich, welche prominenten Mächte mitgemischt haben müssen, dass der Bundesrat Hürlimann die Mehrheit von 13 Experten gegen die Mehrheit von 13 Experten in der Kommission unterstützen zu müssen glaubte.

Die Redaktion

Eidgenössisches  
Departement des Innern

Sehr geehrter Herr Dindo,

Den von Ihnen für eine Prämie angemeldeten Film «Die Erschiessung des Landesverraters Ernst S.» hat das Eidg. Departement des Innern den Begutachtungsausschüssen der Eidg. Filmkommission und der Stiftung Pro Helvetia sowie der Jury vorgelegt. Zudem nahm ich die Gelegenheit wahr, den Film persönlich anzusehen und ihn mit Faden und Feder zu begutachten. Eine Mehrheit der Experten attestiert dem Film, dass er unter Verwendung filmischer Mittel eine eindrucksvolle Interpretation eines Teils der jüngsten Schweizer Geschichte darstelle, während eine Minderheit kritisiert, er manipulierte historische Ereignisse und bediene sich in einer unzulässigen Weise eines ideologischen Rasters, was schwerer ins Gewicht falle als die gestalterischen Qualitäten. Mit der Minderheit halten wir es nicht für vertretbar, den Film durch eine staatliche Qualitätsprämie auszuzeichnen.

- 2 -

Die Begutachtung durch Experten hat den Zweck, die politische Beurteilung von Beurteilung künstlerischer Aspekte, für die sie nicht zuständig ist, zu entbinden. Dementsprechend stützen wir uns in der ästhetischen Wertung auf ihr Urteil. Im vorliegenden Fall handelt es sich aber um einen Dokumentarfilm über Vorkommnisse, die an die Existenz der Schweiz rühren und sich in einer Zeit abspielten, als der Landesverrat die drohende Gefahr kriegerischer Verwicklung noch erhöhte. Die Behörde, die durch ein Gesuch um eine Auszeichnung zur Stellungnahme veranlasst wird, kann angesichts des Dokumentarcharakters des Films nicht auf das filmkünstlerische Expertenurteil allein abstellen; sie hat auch die Anforderungen zu beachten, die ein Dokumentarwerk zu stellen sind. Dazu gehören Erwägungen der Billigkeit, der Gerechtigkeit und der Angemessenheit der Darstellung. Wir sind uns bewusst, dass ein Film dieser Art die Schweiz der Kriegszeit nicht verklärt darzustellen hat, sondern auch ihre Schattenseiten zeigen muss. Andererseits verlangt die Gattung des Dokumentarfilms Tatsachentreue und Gerechtigkeit auch gegenüber jenen, die in Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflicht den Landesverrat zu ahnden hatten. Die Tatsache, dass sie sich dieser schwierigen Pflicht unterzogen, berechtigt nicht dazu, sie niedriger Gesinnung und unlauterer Beweggründe zu verdächtigen.

Es ist in unserem freiheitlichen Rechtsstaat jedermann, der den Gründen und Motiven des Landesverrats nachgeht, unbenommen, aus den vorliegenden Fakten andere Schlüsse zu ziehen, als daraus bisher gezogen worden sind. Es ist auch jedermann erlaubt, nach der Richtlinie «Alles erklären – alles entschuldigen» Delinquenten in ein mildes

- 3 -

Licht zu rücken oder sie überhaupt zu exkulpieren. Unser Departement hat die erneute Beschäftigung mit jenen Vorgängen ermutigt und ihr Vorhaben mit einem Produktionsbeitrag gefördert, aus dem hervorgeht, dass es erwünscht und nötig ist, sich darüber Rechenschaft zu geben, wie es überhaupt zum Landesverrat kommen konnte. Die Erhellung der Umstände, Hintergründe und Motive der Delinquenten führte Sie dazu, deren Handeln nachsichtiger zu beurteilen, als es im Zeitpunkt, als unser Land unter dem Eindruck tödlicher Bedrohung stand, geschah. Im Gegensatz zur Nachsicht gegenüber den Delinquenten wird durch Ihren Film unterschwellige Abneigung gegen jene geschürt, die sich in Erfüllung ihrer Pflichten gegen die Täter zu exponieren hatten. Auch bei der kritischen Würdigung ihres Tuns sind die Zeitumstände und die Schwierigkeiten, in denen sich das Land befand, zu beachten. Ihr Film trägt diesem Anspruch nicht Rechnung. Der Staat, der durch den Landesverrat aufs schwerste bedroht wird, darf eine offensichtliche Unausgewogenheit der Darstellung historischer Tatsachen nicht prämiieren und damit den Eindruck erwecken, er entschlünde nachträglich jene, die Land und Volk verraten haben, und er distanzieren sich von denen, die ihre Pflicht erfüllten. Eine Prämiierung des Films würde unter den gegebenen Umständen nicht einfach als Auszeichnung seiner künstlerischen Qualität verstanden, sondern als Anerkennung der tatsachenwidrigen Unterstellung, der glei-

che Staat habe in höchster Not nach der Richtlinie gehandelt: Die Grossen lässt man laufen, die Kleinen hängt man. Landesverrat wurde unbesehen um Stand und Grad gehandelt.

- 4 -

Die auch von den Experten geäußerten Bedenken in bezug auf historische Genauigkeit und Wahrhaftigkeit überwiegen gegenüber den künstlerischen Qualitäten des Films. Die politischen Gegebenheiten der Kriegszeit werden im Film in einer Weise vernachlässigt, die nicht nur in einer Fehlinterpretation mündet, sondern letztlich auf eine Manipulation jener Bevölkerungskreise hinausläuft, die im Film geschilderten Ereignisse nicht aus der persönlichen Erfahrung kennen können. Diese Einwände wiegen gegenüber

einem Dokumentarfilm besonders schwer, da diese Gattung die Fakten korrekt und aufgrund gesicherter Quellen darzustellen hat. Die Voraussetzungen für einen hervorragenden Film (Artikel 5 des Filmgesetzes und Artikel 8 der Verordnung<sup>1</sup>) erachten wir deshalb als nicht erfüllt. Wir sind daher gezwungen, Ihr Gesuch abzulehnen. Gegen diesen Entscheid kann von Ihnen aufgrund von Artikel 44ff. des Verwaltungsverfahrensgesetzes innert 30 Tagen eine Beschwerde an den Schweizerischen Bundesrat eingereicht werden.

Mit freundlichen Grüßen  
EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

H. Hürlimann

Offener Brief an Bundesrat H. Hürlimann

## Ach, Herr Hürlimann,

Es ist nicht fein, es macht sich nicht gut, wenn ein direkt Betroffener seine Betroffenheit direkt zeigt. Aber nachdem nun Sie, hochverehrter Herr Bundesrat, «höchstselbst kulturpolitisch zugeschlagen haben» («Tages-Anzeiger»), möchte ich, geschätzter Hans Hürlimann, Ihr geschätztes Schreiben an Richard Dindo doch ein wenig kommentieren.

Sie halten uns bekanntlich Bundesrat der vorentscheid, haben uns eine Qualitätsprämie verweigert, welche «kein symbolischer Lorbeer, sondern – bei den hiesigen Produktionsbedingungen – ein direkter Herstellungsbeitrag ist», («Die Weltwoche»). Sie haben damit drastisch ins filmische Schaffen der Schweiz eingegriffen: Es wird sich in absehbarer Zeit kein Autor mehr an heikle zeitgeschichtliche (und andere) nationale Themen mit einem Dokumentarfilm heranwagen.

Regisseure wie Dindo, welche bisher dank staatlicher Subvention ganz knapp die Herstellungskosten decken konnten, ohne einen Rappen mit ihren Produktionen zu verdienen, ohne auch nur ein minimales Salär zu beziehen, werden in Zukunft die Hände von solchen Projekten lassen müssen. Ach, Herr Hürlimann, nicht das Geld aus Ihrer eigenen Tasche, sondern das Geld der Steuerzahler wird Leuten wie Dindo vorenthalten werden, weil Ihnen ganz persönlich dieser Film politisch missfällt. Das macht für uns 35 000 Franken weniger: Mit diesem Betrag hätten wir die dringenden Schulden zahlen können. Wir werden unsere Gläubiger also vorläufig an Sie verweisen.

### Der Film gefiel den Experten

Ihren Experten hat der Film übrigens gefallen; beinahe einstimmig, im Verhältnis 13 zu 1, haben sie die Prämierung des Filmes gewünscht. Den Bundesraträten Entscheid wird man deshalb mit dem «Tages-Anzeiger» einer «feudal-fürstlichen und nicht mehr einer demokratischen Kulturpolitik» zuordnen müssen. Man wird ihn auch mit dem «Blick» peinlich finden dürfen oder bestürzt sein können wie die «Luzerner Neuesten Nachrichten». So richtig freut über die Nichtprämiierung hat sich eigentlich nur Dr. Martin Schlappner in der «NZZ», alias Pappi Schlappi, welcher schon immer eminent hinterhältige Sachen über die «unerhört feingewobene Agitation» in unsern Film schrieb und mit welchem Herrn Sie den Film Dindo erst eingehend besprochen haben, dass Ihr Brief an Dindo und der Kommentar Schlappners in der «NZZ» fast wörtlich gleich tönen, auf weite Strecken. Wäre es nicht günstig, wenn Ihre Briefe in Zukunft von Pappi Schlappi mitunterzeichnet würden? Das würde die Verhältnisse transparent machen.

Warum haben Sie den Film nicht bischen mit einem andern Bundes-Experten, mit Martin Schaub («Tagi») diskutiert? Herr Schlappner steht nämlich mit keiner extremen Ansicht in der Filmkritiklandschaft ziemlich allein da, nur Fred Zaugg vom «Bund» leistet ihm noch Gesellschaft, während sonst alle andern bürgerlichen, will sagen liberalen Filmkritiker unsern Film einen demokratisch-fairen Geist bescheinigen. Mit Ihrem Entscheid haben Sie sich in dieser Frage an den rechten Rand des Bürgertums gestellt. Keine Rede mehr von «gesundem Mittelmaß», von «Berücksichtigung aller

Standpunkte» und andern netten CVP-Schlagworten. Und Ihre Experten können Sie jetzt in die Ferien schicken: Denen Expertisen bleiben nämlich folgenlos. Welche Lust, bei Ihnen Experte zu sein!

### L'Etat c'est moi, Hürlimann-le-magnifique

Aus Ihrem Schreiben an Dindo (Seite 3) geht hervor, dass Sie den Staat und die staatliche Vergangenheit (=Vergangenheit dieses Staates, wie sie der Staat gern sieht) durch unsere Arbeit bedroht



Herr Bundesrat Hans Hürlimann...

sehen und dass der Staat geschützt werden muss, indem der Film nicht prämiert wird. Sie schämen sich, Herr Hürlimann, wie der ambulante Arzt, wie der Staat schlechthin und an sich: L'Etat c'est moi, Hürlimann-le-magnifique. Sie verhalten sich wie der alleinige akkreditierte Inhaber der historischen Wahrheit und nicht wie ein Diener des Staates, in welchem viele Ansichten über den historischen Ablauf möglich sind. Sie spielen Historiker. Sie als Kultur-Machthaber bestimmen, wie man gefälligst unsere Vergangenheit zu sehen resp. nicht zu sehen hat. Welches sind Ihre Qualifikationen als Historiker?

Nun hat aber, legendär aufmerksam Zuschauer ist das klar, unser Film nicht den Staat der Kriegszeit 1939/40 global und frontal angegriffen, und noch weniger die sogenannte Aktivdienstgeneration, sondern wir haben Tendenzen herausgesucht, welche miteinander in Konflikt gerieten und welche Sie als oberster Bundeshistoriker seit dem Erscheinen von Alice Meyers «Anpassung und Widerstand» und seit Bonjours Bericht-erstattung sicher bestens kennen. Nie-

mand wird heute bestreiten, auch Dindo und ich nicht, dass ein grosser Teil des Bürgertums damals patriotischen Widerstand leistete (Text in unserm Film: «Während der Widerstandswelle des Volkes durch General Guisan verkörpert wurde...»)

Guisan war ein Bürger, war ein wichtiger Teil der Staatsspitze. Niemand wird aber auch bestreiten, sogar der berühmte Historiker Hans Hürlimann nicht, dass ein anderer Teil desselben Bürgertums den Abbau der Demokratie und die kalte Eingliederung unseres Landes in die faschistische «Neue Europäische Ordnung» betrieb: Bundespräsident Wettli gibt seinen frontistischen Freunden Rabatte, wie man am besten die national-patriotische Presse in der Schweiz ausschalten kann («NZZ», «Bund» usw.); Bundespräsident Pilet-Golaz hält eine anrüchliche Rede mit petainistischem Kollaborationsakzent; der Präsident des Vortors (Arbeitgeberverein) Minister Hans Sulzer, eine wirkliche Spitzenfigur des Bürgertums, wünscht noch Ende 1943, dass die Alliierten nicht siegen, usw. usw. Lauter bekannte Sachen.

### Waren nicht die oben gefälliger?

Auf diesem Hintergrund sehen wir die Biographie des Ernst S., und es wird gezeigt, wie er als politischer Analphabet ein Opfer der Nazi-Agenten wurde. Ein kleiner Dieb, der «im Frieden Tomaten und im Krieg Granaten gestohlen hat» («Die Weltwoche»). Wir haben an keiner Stelle des Films seine Tat entschuldigt; wir haben sie nur erklärt und sie in Beziehung gesetzt zu andern Taten, welche weiter oben in der Gesellschaft passiert sind. Nicht wir, sondern der Historiker Prof. Edgar Bonjour sagt im Film: «Es ist halt immer so, dass der Kleinere eher hängt als der Grössere.» Übrigens handelt unser Film nicht von den 17 erschossenen Landesverratern, wie Sie mit Ihrem Satz durchblicken lassen: «... die Delinquenten in ein mildes Licht zu rücken oder sie überhaupt zu exkulpieren» (Seite 2/3), sondern nur vom Einzelschicksal des Ernst S.

Wir wagen im Film allerdings zu fragen, ob ein Oberstkorpskommandant Wille, der 1940 in einem Augenblick höchster nationaler Gefährdung ausgerechnet... die Absetzung seines Oberbefehlshabers Guisan beim deutschen Gesandten erwirken wollte; und ob ein Oberst Gustav Däniker sen., der mit seiner wetherum zirkulierenden Denkschrift den demokratischen Widerstandswillen untergrub; und ob ein Bührle sen., der mit seinen Waffenlieferungen an Deutschland beinahe eine



staben des Gesetzes konnte Ernst S. sehr wohl zum Tode verurteilt werden, das wurde von uns nicht bestritten. Nur schimmert bei uns die zusätzliche Frage durch, ob solche Gesetze, die einen Wille leben lassen und einen Ernst S. töten, gute Gesetze seien und wem sie nützen. Wir haben es an keiner Stelle

Die sozialliberale Gruppe der Universität Bern führt am  
Donnerstag, den 20. 1. 1977  
in der

Aula der Universität Bern  
eine Veranstaltung mit dem und  
über den Film

«Die Erschiessung des  
Landesverraters Ernst S.»  
durch.

18.00 Uhr: Filmvorführung  
20.00 Uhr: Diskussion.  
Eingeladen sind 18 Professoren  
und Bundesrat Hürlimann.

des Filmes in bezug auf die Militärrichter, welche den S. zum Tode verurteilten, wissentlich an «Tatsachentreue und Gerechtigkeit» fehlen lassen. Das ist eine Unterstellung von Ihnen. Wir haben im Gegenteil allen am Prozess Beteiligten die Gelegenheit gegeben, sich frei und ungeschwungen zu erklären. Der Militärrichter und Korporal German, welcher damals für den Tod des Ernst S. stimmte, hat diese Gelegenheit ergriffen und uns nach einer Filmvorführung bestätigt, dass wir seine Aussagen korrekt und unmanipuliert wiedergaben. Alt-Ständerat Dietschi, der als Mitglied der Begnadigungskommission die Begnadigung ablehnte, tritt ebenfalls im Film auf und hat ebenfalls nichts zu beanstanden gehabt.

Nur der katholisch-konservative Dr. Karl Eberle, Verwaltungsratspräsident des Benziger-Verlags, der damals als Ankläger den Tod für Ernst S. verlangte und mit dem Sie bekanntlich befreundet sind, wollte nicht im Film auftreten. Wir haben ihn jedoch keineswegs «niedriger Gesinnung und unlauterer Beweggründe verdächtig», das ist schon wieder eine von Ihren Unterstellungen, sondern ganz im Gegenteil haben wir ihm eine höhere Gesinnung attestiert, das heisst die Gesinnung der Höheren, er gehört nämlich tatsächlich zum gehobenen Bürgertum, und da können wir nichts dafür. Vermutlich haben Sie auch unsere Bemerkungen über Ihren katholisch-konservativen Freund und Vorgänger, den Auch-Zuger Philipp Etter, nicht geschätzt, dessen ständestaatliche Ideen wir kurz treffen. Tut uns leid, wir konnten Ihren «copain» nicht speziell schonen, nur weil er aus dem gleichen Kanton kommt wie Sie.

### Die Macht befreundeter Mächte

Ihr Brief an Richard Dindo tönt sehr platonisch, man hat den Eindruck, Sie hätten stark mit sich gerungen, bevor Sie sich den negativen Entscheid abgaben. Aber haben, nebst Ihrem staatsmännischen Gewissen, nicht auch einige konkrete Mächte bei Ihnen interveniert, so zum Beispiel Gustav Däniker jun., Bührle jun., und die Familie Wille oder ihre vorgeschobenen Vertreter? Und hat nicht sogar Martin Schlappner vor einiger Zeit noch gesagt, Hürlimann wolle den Film schliesslich doch prämiieren...? Das war jedoch noch vor dem makaberen «offenen Brief» der 18 Berner Professoren über Ihren Bürgermeister von Mannheim, worin sich diese guten Schweizer über die Prämierung eines Schweizer Produkts im Ausland aufregten; wir haben ja damals den ersten Preis für die beste Sozialreportage gekriegt am Festival von Mannheim, wie Sie wissen. Man weiss auch, dass Herr Gniel ganz ungehalten war über den Herstellungsbeitrag Ihres Departements an unsern Film; eine Qualitätsprämie hätte wohl das Fass im Schweizerischen Pentagon zum überlaufen gebracht und die Beziehungen zwischen Ihnen und dem Kriegsmini-

Fortsetzung auf Seite 4

<sup>1</sup> «das konzept» druckte in Nr. 5/75 den Reportage-Text von Meienberg, welcher Ausgangspunkt für den Film war, ab. In Nr. 2/76 führte «das konzept» ein Gespräch mit den beiden Autoren über den Film. Jede Nummer gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion erhältlich.



# 1987 war das Verkehrsproblem gemeistert

Fortsetzung von Seite 1

Aus «weggenommen» (falls überhaupt eines vorhanden war), gerade diese Schichten haben auch am meisten unter den negativen Auswirkungen des Autoverkehrs zu leiden gehabt. Die Bessergestellten waren da eher in der Lage, in ruhigere Quartiere oder Vororte auszuweichen. Immerhin schienen sich aber doch gewisse soziale Spannungen daraus zu ergeben, dass das Autofahren nun eben doch wieder eher ein «Sport» der Finanzkräftigeren geworden ist. Aber solche Spannungen können sich ja durchaus auch positiv niederschlagen.

Ein weiteres Problem bildet die tendenzielle Benachteiligung der Landbevölkerung, da der öffentliche Verkehr in den dünnbesiedelten Gebieten naturgemäss noch so attraktiv sein kann wie in den Ballungsgebieten. Bis zu einem gewissen Grade ist dieser Nachteil durch Finanzierung von neuen Buslinien und durch Fahrpreisvergünstigungen gemildert worden. Dennoch bleiben auf diesem Gebiet noch einige Probleme zu lösen.

## Den Ausweg aus der Katastrophe...

Gesamthalt gesehen ist aber die Zwischenbilanz dieser Verkehrsentwicklung zweifellos und absolut eine positive. Umweltbedingungen und Lebensqualität haben einen entscheidenden Schritt nach der besseren Seite getan.

Diese Bilanz gibt aber auch die Gelegenheit, einmal wieder aufzurollern, wie es eigentlich dazu gekommen ist. Man

stärkte ersticken in stehenden Autokolonnen und Abgaswolken, der ständige und unaufhörliche Verkehrslärm war in weiten Gebieten zu einer regelrechten Landplage geworden, die Psychiater heute als «schwarzer Juni» bezeichnen. Die meisten Verkehrsabgaben werden nach der effektiven Fahrleistung erhoben. Bei den öffentlichen Verkehrsmitteln werden sie anhand der Jahresabrechnungen berechnet, beim Individualverkehr über den Benzinpreis eingezogen.

Eine ausführliche Darstellung der Berechnungsgrundlagen dieser Verkehrsabgaben würde den Rahmen dieses Artikels weit sprengen. Zur Vorstellung der Grössenordnungen möchte ich hier aber kurz auf einige Angaben im Personenverkehr eingehen, vor allem im Vergleich Personenwagen-Eisenbahn/Tram/Bus. Alle Angaben sind auf einen Personenkilometer (Pkm) mit dem betreffenden Verkehrsmittel bezogen.

## ... brachten die Autofanatiker selbst

Lippenbekenntnisse für den öffentlichen Verkehr waren zwar wohlfeil wie Nüsse herumgeboten, aber wirkliche Taten waren so selten wie ein goldener Nusskern. Indessen wurden weiterhin Strassen, Parkhäuser und Autobahnen gebaut (um die Finanzierung brauchte sich niemand zu kümmern), der Autoverkehr nahm fröhlich zu und die öffentlichen Verkehrsmittel wurden weiterhin teurer oder schlechter oder beides zusammen.

Die Interessengruppen aus Wirtschaft und Autogewerbe organisierten sich, und die Automobilverbände ihrerseits verteidigten jedes Gran motorisierter Freiheiten mit einer Besessenheit, die dem öffentlichen Verkehr gegenüber dem demokratischen Ordnung. Zwar konnten nicht alle von diesen segensreichen Freiheiten profitieren, aber die «Unfreien» wurden dafür in echt demokratischer Manier um so mehr an den negativen Auswirkungen beteiligt.

Das einzige, woran sich die Mächer der bürgerlichen Verkehrspolitik wirklich stießen, waren die steigenden sogenannten «Defizite» in den Betriebsrechnungen der öffentlichen Verkehrsunternehmen. Namentlich die Vertreter der Freisinnigen Partei riefen lauthals nach dem vielgerühmten *Verursacherprinzip*, und es sollte jeder Verkehrsteilnehmer für die Kosten aufkommen, die er verursache. Dabei dachten sie nur an die Bahn-, Tram- und Busbenutzer, und gerade das wurde ihnen zum Verhängnis.

## Die Umkehr-Idee

Eines Tages sagte sich nämlich der damalige Verkehrsminister, dem die Eisenbahn sehr am Herzen lag: Gut, gut, ich will euch das Verursacherprinzip lehren. 1977 rief besagter Minister, unter Berufung auf den Umweltschutzartikel in der Bundesverfassung, das «Institut zur qualitativen und quantitativen Bemessung von Umweltbeeinträchtigungen» (IQ-BUB) ins Leben.

Als erstes sollte das IQ-BUB gleich eine Studie über die «Belastung der Umwelt durch den Verkehr» erarbeiten, die dann, für jedes Verkehrsmittel vom Velo bis zum Jumbo-Let die spezifischen Belastungswerte zu ermitteln, und zwar bezüglich *Energieverbrauch, Schadstoffabgabe, Lärmabgabe, Raumbeanspruchung* und – in extensiver Auslegung des Begriffs *Umweltbeeinträchtigung* – auch bezüglich *Unfallfolgen*.

Ein Jahr später lag diese Studie bereits vor. In einem zweiten Schritt wurden die Ergebnisse in finanzielle Belastungen «umgemünzt». Die politische Idee war die: Jedes Verkehrsmittel soll entsprechend den Umweltbeeinträchtigungen, die es verursacht, mit verschiedenen, abgestuften Abgaben belastet werden. Bei den schwerwiegenden Einwirkungen, wie Lärm, Luftverschmutzung usw. sollen diese Abgaben nicht nur gerade die direkt nachweislichen Kosten decken, sondern «hemmenden Charakter» haben, d. h. eine Art Steuer wirken. Wie lässt sich beispielsweise durch Lärm verursachte psychische Zermürbung (oder auch nur gestörter Schlaf) finanziell bemessen? Kaum. Aber: Wer sich auf lärmige Art und Weise bewegt, verursacht auch andere, schwerer zu messende, aber doch ebenfalls schädliche Auswirkungen. Dasselbe gilt für Luftverschmutzung.

Alle diese Verkehrsabgaben fliessen in einen sogenannten «Verkehrsfonds»; dieser Fonds wird einerseits dazu verwendet, verkehrsbedingte Umweltschutzmassnahmen zu treffen, andererseits aber auch dazu, die umweltfreundlichen Verkehrsmittel durch Ausbau und Verbilligung zu fördern, wie weiter

vorn ausführlich geschildert. Das Ganze ist geregelt im «Bundesgesetz zur Einführung einer allgemeinen Verkehrsabgabe nach dem Verursacherprinzip» vom Juni 1979 (von TCS und den Freisinnigen heute als «schwarzer Juni» bezeichnet). Die meisten Verkehrsabgaben werden nach der effektiven Fahrleistung erhoben. Bei den öffentlichen Verkehrsmitteln werden sie anhand der Jahresabrechnungen berechnet, beim Individualverkehr über den Benzinpreis eingezogen.

Eine ausführliche Darstellung der Berechnungsgrundlagen dieser Verkehrsabgaben würde den Rahmen dieses Artikels weit sprengen. Zur Vorstellung der Grössenordnungen möchte ich hier aber kurz auf einige Angaben im Personenverkehr eingehen, vor allem im Vergleich Personenwagen-Eisenbahn/Tram/Bus. Alle Angaben sind auf einen Personenkilometer (Pkm) mit dem betreffenden Verkehrsmittel bezogen.

## Energieverbrauch

Beim Personenwagen (PW) beträgt der Verbrauch 650 kcal/Pkm, bei der Bahn 80 kcal/Pkm (also 8x weniger), beim Tram 95 und beim Bus 200 kcal/Pkm (alles Mittelwerte). Ein Fussgänger verbraucht 75 kcal/km. Nach dem Gesetz wird nun der Verbrauch von mehr als 100 kcal/Pkm besteuert, und zwar mit 5 Rappen pro 1000 kcal. Bahn und Tram bleiben also steuerfrei. Ein Buspassagier kostet über 10 km 5 Rappen, ein PW-Inssatz 27 Rappen. Für PW wird grundsätzlich mit einem mittleren Benzinverbrauch von 10 l/100 km und einer Besetzung von 1,5 Personen gerechnet. Das ergibt einen Benzinpreisaufschlag von -40 Fr. pro Liter.

## Luftverschmutzung

Buchstäblich am schwersten wiegt die Schuld der Autofahrer bei der Verunreinigung von Luft und Boden, die nach Gewicht bemessen wird. Das Verhältnis lautet auf 40:1 für den elektrischen und 10:1 für den übrigen Kollektivverkehr. Oder absolut ausgedrückt: Das Auto gibt (im Stadtverkehr) 114 g Schadstoff pro Pkm ab, ein Autobus 11 g!

|                                                        | Bus<br>(Fr. je 10 Pkm) | Tram<br>Bahn,<br>(Fr. je 10 Pkm) | Auto<br>(Fr./Liter) |
|--------------------------------------------------------|------------------------|----------------------------------|---------------------|
| Energie                                                | -.05                   | -.—                              | -.40                |
| Luftverschmutzung                                      | -.05                   | -.—                              | 1.50                |
| Lärm (ohne Fixbetrag)                                  | -.02                   | -.03                             | 1.—                 |
| Platzbedarf                                            | -.05                   | -.03                             | -.40                |
| Unfälle                                                | -.04                   | -.04                             | -.70                |
| Total                                                  | -.21                   | -.10                             | 4.—                 |
| Aufschlag auf die<br>bisherigen<br>Transportkosten ca. | 8%                     | 5%                               | 133%                |

Pkm, Eisenbahn, Tram und Trolleybus lediglich 2-3 g/Pkm. (Gleichwohl beträgt der durchschnittliche Kohlenmonoxid-, Kohlenwasserstoff-, Stickstoffdioxid-, Schwefeldioxid-, Blei-, Russ und Staub.) Der extremen Unterschiede wegen erfolgt die Besteuerung nach einer progressiven Skala. Pro Liter Treibstoff ergibt sich ein Zuschlag von 150 Fr.: ein Buspassagier müsste 15 Rappen auf 10 km entrichten, während Bahn und Tram «straffrei» ausgehen.

## Zweigeteilter Lärmtarif

Neben der Luftverschmutzung ist der Lärm wohl die schlimmste Auswirkung des Verkehrs. Etwa die Hälfte der Schweizer Bevölkerung leidet unter Verkehrslärm, der in schweren Fällen nachweislich zu Gesundheitsschädigungen führt, bei Kindern sogar zu Entwicklungsstörungen.

Eine Besteuerung des Lärms beim Strassenverkehr allein über den Benzinpreis wäre ungerecht, da die starken Unterschiede zwischen den verschiedenen Fahrzeugtypen nicht berücksichtigt werden. Andererseits produziert aber auch das leiseste Auto noch störenden Lärm, und wenn es nur die Rollgeräusche sind. Zudem nehmen mit der Geschwindigkeit Lärm und Benzinverbrauch zu. Die Lärmbesteuerung erfolgt deshalb über einen *fahrgeschwindigkeitabhängigen Fixbetrag* und über einen *gebrauchsfahrgeschwindigkeitabhängigen Benzinzuschlag*. Der Fixbetrag ist so bemessen, dass sich für den Fahrzeughalter die Kosten für Dämpfungsmassnahmen am Fahrzeug unbedingt lohnen. Er beträgt 100-500 Fr. pro Jahr bei Personenzug und bis 2000 Fr. bei Lastwagen, Strassenbahnen usw.

Der Treibstoffzuschlag ist auf 1 Fr. beim Benzin und 2 Fr. beim Diesel festgesetzt. 10 Pkm im Bus werden mit 2 Rappen, in Tram und Zug mit 3 Rappen belastet. (Stark gewichtet wurden die zeitliche Verteilung des Lärms und die Art seines Auftretens: Beim Kollektivverkehr regelmässig und kurz, beim Individualverkehr unregelmässig über die ganze Zeitdauer.)

## Raumbeanspruchung

Ein Automobilist beansprucht fünf bis neunmal mehr Raum als der Benutzer eines öffentlichen Transportmittels. Die Raumsteuer ist auf 15 Rp. pro 100 qm angesetzt. Auf 10 km macht das beim Massverkehr 3 bis 5 Rappen aus, beim Auto 40 Rp./Liter.

Auf eine im Schienenverkehr verunfallte Person (verunfallt 50 auf der

Strasse. Auf einen Schienentoten fallen 9 Strassentote (immer auf dieselbe Anzahl Personenkilometer bezogen).

Ein grosser Teil der Unfallfolgekosten ist durch die Versicherungsprämien nicht gedeckt, z. B. Produktionsausfälle, Invalidenrenten, Spitaldefizite, ganz abgesehen von den nicht bezifferbaren immateriellen Werten. Entsprechend



Automobil-Club-Philosophie

der Versuchsquote werden 10 Pkm im öffentlichen Verkehr mit 4 Rappen belastet, 10 Autokilometer mit 70 Rappen. Die Beträge werden erstens zur vollständigen Deckung der Unfallkosten verwendet, zweitens zur Unfallverhütung durch Sanierung von Gefahrenstellen, Ausbau von Sicherungsanlagen und Verhinderung von unfallträchtigen Verkehr (d. h. Förderung des unfallarmen).

## Gesamte Verkehrsabgabe

Die Verkehrsabgaben für Auto, Bus, Tram und Eisenbahn setzen sich also folgendermassen zusammen:

## Nachbemerkung des Ketzers

Ich bin mir bewusst, dass diese Geschichte von der Umstrukturierung des Verkehrs mehr oder weniger Utopie ist; dass die Realisierungschance für ein derartiges Konzept fast gleich Null ist.

Ich bin mir auch bewusst, dass das Verkehrsproblem komplexer ist, als es hier zum Ausdruck kommt. Dass es letztlich auch um Fragen der Infrastruktur und -politik geht. Man müsste, um nur einige Beispiele zu nennen, auch Massnahmen gegen die Shopping-Center auf der grünen Wiese treffen. Man müsste aufhören, Einfamilienhaus-Siedlungen zu bauen. Man müsste die funktionale Entmischung der Städte aufheben und rückgängig machen.

Es geht vielleicht um die Grundstrategie, ob «das Rad der Geschichte zurückgedreht» werden kann. Es wird tatsächlich schwierig sein, eine falsche Siedlungsstruktur rückgängig zu machen. Es wird auch schwierig, ein weniger schwieriges, die Automobildichte zu senken. Es genügt nicht, angesichts von 2 Millionen Motorfahrzeugen von der «Tatsache einer vollmotorisierten Schweiz» zu faseln, wie das kürzlich aus bündnermündlichem Mund zu hören war, und dann genüsslich der gemässigt: Die Hände in den Schoß zu legen.

Es gibt keine vollmotorisierte Schweiz, und es wird sie nie geben, so wenig wie es eine vollverfahrfamilienhäusliche Schweiz wird geben können. Es wird immer eine ansehnliche Anzahl Menschen geben, die freiwillig oder unfreiwillig über kein Motorfahrzeug verfügen. Und wenn der Anteil dieser Menschen relativ abnimmt, so bedeutet das nur, dass deren Bedürfnisse und Rechte noch mehr als bisher mit Füssen getreten werden.

Die Frage ist nicht nur: Wie viele Autos haben wir in der Schweiz? Sondern auch: Wieviel fahren diese Autos herum? Und wie viele Autos werden es in zehn Jahren sein? Mehr? Oder weniger?

Wenn der zerstörerische Individualverkehr tatsächlich eingedämmt werden soll, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten:

1. Dirigistische Massnahmen (Verbote): sind äusserst schwierig durchzuführen und zu kontrollieren.

2. Eine massive Verringerung der unerwünschten Verkehrsmittel, am besten verbunden mit einer zielgerichteten Beschränkung des Verkehrsraumes.

Oder man lässt eben weiterhin alles seinen Lauf nehmen und wartet auf die endgültige Olokrise.

Ich habe hier einmal die zweite Möglichkeit durchgespielt. Eigentlich weniger in der Meinung, das Rad der Entwicklung zurückzudrehen, als es vorwärts zu drehen. «Vorwärts» ist eben auch nicht für alle Leute dasselbe.

Beat Schweingruber

PS: Die im Artikel verwendeten Angaben über die Umweltbelastung durch die verschiedenen Verkehrsmittel sind wissenschaftlich erarbeitet und entstammen der in der Fussnote erwähnten Studie. Einige die hier dafür eingesetzten Tarife sind teilweise nach politischen Kriterien festgesetzt und solchermassen diskutierbar.

## das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

## Texte zur Arme

Das Soldatenkomitee Bern gibt folgende Broschüren heraus:

«Rechtschilfe in der Armee» (Wie eine Beschwerde schreiben/Hilfs-Befehls-scharfer Arrest ist illegal/waffenloser Dienst?/Arbeitslosigkeit u. a.)

«Die Rekruten wehren sich» (Rekruten erzählen von ihrem Widerstand gegen die Armee).

«Diskussionstexte zur Armee» vom SK Bern (Funktion der Armee/Parteien zur Armee/Zivilisten/Wie vorgehen in der RS?/Das Entstehen der Soldatenbewegung usw.).

Zu bestellen für je 2.50 Fr. beim Soldatenkomitee Bern, Postfach 4038, 3001 Bern.

## Revolution für die Freiheit

Oder «Stationen eines politischen Kampfes» erzählt die Geschichte von Paul und Clara Thalmann, zweier Altrevolutionäre aus Basel.

Paul Thalmann, geb. 1901 in Basel, ist Absolvent der Arbeiteruniversität in Moskau, Journalist (Basler «Vorwärts»), Schriftsteller, «Arbeitszeitung», Spanienkämpfer und aktiver Antifaschist. Clara Thalmann, geb. 1908, ebenfalls in Basel, fährt 1936 als Schwimmerin an die Arbeiterolympiade nach Barcelona. Vom Franco-Putsch überrascht, engagiert sie sich an der Aragon-Front. 1937 wird sie als Faschisten von der stalinistischen GPU (Geheimpolizei) verhaftet, entkommen nach Paris, wo sie ihren Kampf gegen den Faschismus fortsetzen.

Die beiden Lebensgefährten schildern in einem spannenden und geistreichen autobiographischen Bericht ihren politischen Kampf, der im Spanienkrieg seinen Höhepunkt findet.

Der ursprüngliche Text, der 1974 im Walther-Verlag erschienen ist, wurde nun neu im Verlag «Association», Hamburg, aufgelegt und um einen weiteren Teil ergänzt, der den Kampf in der Pariser Résistance beschreibt.

## «Privat»-Verkehr?

Der Individualverkehr hat mit der räumlichen Trennung von Arbeits-, Wohn- und Erholungsgebieten ein kaum mehr steuerbares Ausmass angenommen. Der Fahrzeugstrom verlangt entsprechende Verkehrsanlagen. Das Auto wird zum Massstab der Stadt- und Landschaftsplanung.

Durch die öffentliche Verwendung unterscheidet sich das Auto von anderen, für den privaten Gebrauch hergestellten Waren. Von privatem Verkehr kann heute nicht mehr die Rede sein. Die Auswirkungen auf Wirtschaft, Architektur, Landschaft oder allgemein auf die Umwelt sind ein Teil der Öffentlichkeit geworden.

## Wann wird die Freiheit des einen zur Unfreiheit des andern?

(Zitate aus einer Photoausstellung «Verkehr und Umwelt» von Max Frey, Schüler der Photoakademie der KGS Zürich)

darf nicht vergessen, dass noch vor zehn Jahren kaum jemand an einen Ausweg aus den damals katastrophalen Zuständen geglaubt hatte. Man fühlte sich in einer Art Eigengesetzlichkeit des Automobilitäts gefangen, in einem Teufelskreis, der nicht zu durchbrechen war. Die wenigen, die damals schon eine radikale Abkehr von der Ergebnisse in den Individualverkehr forderten, wurden als naive Spinner oder realitätsfremde Utopisten abgetan. Daran änderte auch die Erdölkrise von 1973 nicht viel, da deren aufreissende Wirkung rasch wieder in der Ölschwemme unterging.

Die erstaunliche Wende nahm ihren Anfang in der Mitte der 70er Jahre. Es war die Zeit, da das Versagen der bisherigen Verkehrspolitik immer offenkundiger wurde und immer mehr ins Bewusstsein der Bevölkerung drang. Die

## Ach, Herr Hürlimann...

Fortsetzung von Seite 3

vor zu sehr strapaziert. Und schliesslich müssen Sie mit Kollegen Gräni wöchentlich mindestens einmal verkehren, mit uns aber nicht; der Gruppenzwang hat wieder einmal funktioniert, und auch der Klassenzwang.

Also dann, wir machen Rekurs an den «Schw. Bundesrat», an den Gesamtbundesrat. Das Justiz- und Polizeidepartement muss den Rekurs prüfen und dem Bundesrat zur Annahme oder Ablehnung empfehlen. Vorsteher dieses Departements ist Ihr CVP-Parteiführer Dr. Kurt Furgler, der seinerzeit in Sankt Gallen mit Dr. Karl Eberle (CVP) zusammen ein Advokaturbüro hatte (Büro Eberle/Hüppi/Furgler). Dreimal dürfen Sie raten, was Herr Furgler dem Gesamtbundesrat empfiehlt. Aber vielleicht macht sich der Schweizerische Bundesrat eines bestimmten Abends, sieht sich kollektiv und in aller Ruhe unsern Film an. Für Erläuterungen bin ich gern zur Stelle, bin für ein paar historische Fussnoten immer zu haben und verbleibe, Herr weiland Oberst i Gst Hürlimann, Ihr

Niklaus Meienberg

PS: Bald werden wir dank Ihnen wieder ein bodenständiges, bodenhaltiges Film-schaffen haben in der Schweiz. Anne-Bäbi Jowäger, Bäckerei Zrürrer und Schoggi Streuli sind wieder stark im Kommen, und der kritische Dokumentarfilm ist im Gehen.

1 Eine solche Studie «Belastung der Umwelt durch den Verkehr» ist 1973 im Auftrag des Eidgenössischen Amtes für Verkehr vom Ingenieur- und Planungsbüro Basler & Hofmann in Zürich tatsächlich ausgearbeitet worden. Dieser Artikel angeführten Werte basieren auf dieser Studie.

Beat Schweingruber

Fall Cincera – Gretchenfrage nach den Freiheitsrechten

# Lackmusprobe Cincera

Beinahe alle paar Sonntage böte die direkte Demokratie schweizerischen Zuschnitts dem Bürger Gelegenheit, an der Urne Farbe zu bekennen. Weit mehr als eine Abstimmung hat der Fall Cincera die Konturen der politischen Landschaft deutlich gemacht, Diskussionen provoziert, Fronten geklärt, die Leute dazu gebracht, Farbe zu bekennen. Der Fall Cincera ist eine

Lackmusprobe für die Frage, wie es die Bürger dieser Schweiz mit den demokratischen Freiheitsrechten halten. Wir diskutieren diese Frage anhand der öffentlichen Reaktionen zum Fall Cincera mit unserem Mitarbeiter Jürg Frischknecht, der als Mitglied des «Demokratischen Manifests» (DM) an der Aufklärung der Eiterbeule Cincera beteiligt war.

«das konzept»: «Watergate in Zürich war eine beliebte Schlagzeile der Presse. Jürg Frischknecht: Mit den Schlagzeilen hört der Vergleich zu Watergate aber auch schon auf. Schlagzeilen sind billig, Fakten sind teuer. Watergate-Titel kosten nichts. Aber es würde die Anstrengung entsprechend bezahlter Journalisten kosten, hart am Ball zu bleiben und die letzten Winkel der Dunkelkammer Cincera so gründlich ausleuchten, wie das die amerikanischen Massenmedien bei Watergate getan haben. Doch in der Schweiz haben der Enthüllungsjournalismus und das harte Recherchieren leider keine Tradition. Im fernen Amerika, im Auslandteil, bewundert man die «selbststreigende Kraft» der amerikanischen Gesellschaft. Doch daheim in der Schweiz, im Inland- und Lokalteil, hütet man sich davor, diesen Journalismus zu praktizieren. Dabei würde es an Übungsfällen wahrlich nicht mangeln.

schaft gelaufen ist, die bekanntlich für ein Politikum nicht zuständig ist.) Sigris und andere hätten Cincera gern auf kleinerer Flamme gekocht, weil sie diese Figur offenbar für nützlich und wichtig ansehen, auch wenn sie sich etwas genieren, das direkt und unverblümt zu sagen. Einmal mehr hat sich übrigens gezeigt, dass die S.S.-Zeitung aus Aarau eine Art Leithammel der Zeitung rechts der «NZZ» ist.

## Rechtspresse: Cincera entlasten

Was gibt es rechts der «NZZ»? Eine ganze Reihe von Zeitungen, vor allem auf dem Lande. Den Namen Zeitung verdienen sie eigentlich nicht, wie die Cincera-Affäre gezeigt hat. Zeitung ist ja gleichbedeutend mit *Neuigkeit*, mit *Nachricht*. An Nachrichten und Infor-

Die Stossrichtung von «NZZ» und Farmer-Aktion war: Linke (Sozialdemokraten), distanzieren sich von den Linksextremen! Es ist weder neu noch aufregend, dass der «NZZ» die SP nur so lange lieb ist, als man sie am bürgerlichen Gängelband kontrollieren kann.

Die Distanzierungsforderung der «NZZ» ist absurd und läuft darauf hinaus, die zu ächtenden Linksextremen von den Freiheitsrechten auszuschliessen. Es liegt nun mal in der Natur der Sache, dass «Linksextreme» den Abbau demokratischer Rechte früher zu spüren bekommen als vielleicht ein SP-Mitglied oder gar ein «NZZ»-Redaktor. Deshalb wehren sie sich zusammen mit allen anderen Denkkräften und nehmen die Gesellschaft beim Wort, die immer wieder betont, die Freiheitsrechte würden für alle gelten.

## Engagement ist nicht gefragt

Hast du eigentlich nur die «NZZ» und rechtsbürgerliche Blätter gelesen?

Mich interessiert hat die Innenarchitektur der Bürgersteue. Aber gehen wir einen Schritt nach links zum «Tages-Anzeiger». Objektiv gilt dort (und anderswo), was *ausgewogen* ist. Nach T.A. Massnahmen jener der Wahrheit am nächsten, der Liebe und Kritik immer schön auf beide Seiten ausgewogen verteilt. Und wenn die Wirklichkeit einmal nicht ausgewogen, sondern parteiisch ist, wenn Cincera-Praktiken zum Himmel stinken? Dann fällt dem T.A. zum Glück sicher noch ein Hack ein, damit die hochwohlwollende Ausgewogenheit nicht aus dem Gleichgewicht kommt. Wenn schon Cinceras Methoden unsauber sind, dann sind die Machenschaften des DM fragwürdig, und wenn man schon nicht um den Ex-Fürst Nüssli herumkommt, so melde man das nur zusammen mit dem «roten Gasser» – was schon eine ziemliche Zustimmung ist, aber Hauptsache, die Ausgewogenheit stimmt.

Parteiliches Farbe bekennen, sich engagieren und Erleiden ist bei vielen Schweizer Zeitungen wenig gefragt. Mehr gefragt sind distanzierter-degoutierte Feststellungen, wie weit die politischen Sitten bereits heruntergekommen seien, dass es halt auf beiden Seiten Extremisten gebe, wie bedauerlich die fortschreitende Polarisierung sei usw. Wenn es in dieser Sache Extremisten gibt, die für eine Polarisierung und Sittenverderbung verantwortlich sind, dann ist es ein Cincera, der die Spitzmethoden eingeführt hat.

Ausdrücklich betonen möchte ich, dass eine ganze Reihe von Zeitungen echte Recherchierarbeit geleistet hat (z. B. «Blick», «Schweizer Illustrierte» und wohl liberale Kommentare brachte (z. B. «National-Zeitung», «Luzerner Neueste Nachrichten», «Leserzeitung»).

## Insaraten- und Leserbrieftaktionen

Die Zeitungen bestehen ja nicht nur aus Textspalten, sondern auch aus Inseraten...

... und Leserbrieften. Als die Cincera-Freunde sahen, dass sie in vielen Zeitungen in den redaktionellen Spalten keine Chance mehr hatten, flüchteten sie in die *Leserbrieftspalten* und die *Insaraten*, wo beliebt, wer bezahlt. Der grösste Teil der Pro-Cincera-Leserbrieft geht auf eine organisierte Aktion von Hans Schärp zurück: «Ich wäre Ihnen ausserst dankbar, wenn Sie Herrn Cincera helfen könnten, aus der gegenwärtigen publizistischen Isolierung herauszukommen. Jede Stimme, jeder Leserbrief oder Artikel zählt. Ich erlaube mir, Ihnen dazu einige Gedanken beizulegen.» Wenige Tage später waren diese Gedanken als «Stimme des Volkes» überall zu lesen – ganz besonders aber im «Aargauer Tagblatt». (Dass der Kanton Aargau in spontanen Publikumsreaktionen führend ist, weiss man spätestens seit der Beschwerdeflut gegen die Soldatenkomitee-Sendung des «Berichts vor acht»; die meisten Beschwerden stammten damals aus dem Kanton Aargau, einige wenige von auswärts, so von Hans Schärp.)

Was hältst du von der Freiheit und Verantwortung der Farmer-Aktion? Die waren besonders viel. Farmers und Cinceras sind alles andere als gute Freunde. Aber ihr Finger in der rauhen Luft meldete den Aktönlern, dass zahlreiche Bürger über das schamlose Treiben der bösen DM-Brüder so verärgert seien, dass eine Profilierungsaktion der Aktion vielleicht Erfolg hätte. Sie hatte. Die ganzseitigen Inserate in der ganzen Schweizer Presse haben die Farmer-Aktion mehr Geld gebracht, als der Spass bisher gekostet hat. Offenbar hatten die Farmer-Texte einigen Publikumsfrähen Herren aus der grollenden Seele gesprochen.

Leserbrieftschreiber und Farmer-Aktion

stellen sich stets als Verkörperung des Rechtsstaates hin.

Diese «Patrioten» haben ein sehr gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat. In Cincera einen privaten Konflikt Staatsrecht aufbaut, so ist das das grösste Misstrauensvotum an den Rechtsstaat, das man sich denken kann. Cinceras Leserbrief-Verteidiger appellieren an den Rechtsstaat und diffamieren gleichzeitig Manifest-Mitglieder zu *Kriminellen*, noch bevor diese angeklagt sind.

Manifest-Mitglieder, die sich für demokratische Freiheitsrechte einsetzen, werden in Leserbriefen und Kommentaren zu Extremisten gestempelt. Wie weit sind wir eigentlich schon wieder? Oder noch? In manchen Leserbriefen äusserte sich dümmster Antikommunismus bis hin zum Wunsch nach Lynchjustiz. Das ist nicht einmal mehr als WC-Sprach lustig. Der kalte Krieg hat sich tiefer in manche eidgenössische Hirnrinde gefressen als vermutet. Was soll das, wenn sich solche Leute als Demokraten und Inkarnation des Rechtsstaates aufspielen? Sie verwechseln ihr Engagement für die bestehenden Machtverhältnisse mit einem Bekenntnis zu schönen Prinzipien, die sie immer nur unverbindlich abstrakt statt konkret-gültig verstehen.

## Die Freiheitsrechte verteidigen

Welche Prinzipien?

Die Freiheitsrechte, für die sich das DM wehrt. Im Zug der 1848er Revolution haben sich die Liberalen die bürgerlichen Freiheitsrechte wie Pressefreiheit, Vereinsfreiheit usw. erkämpft. Dem Anspruch nach gelten diese Rechte für alle, oder sie gelten eben nicht. Doch die Macht zum Aufrechterhaltung ist den Enkeln der 1848er Revolutionäre lieber und näher als die Grossväterprinzipien. Die *Gretchenfrage*, welche Personen heute die Freiheitsrechte (noch) für sich beanspruchen können, hängt mehr von den Machtverhältnissen als vom Prinzip, wonach immer noch jeder Schweizer vor dem Gesetz gleich ist.

Wenn es um die Erhaltung ihrer Macht geht, biegen die heutigen Etikett-

tenliberalen ihre ererbte Theorie zu-recht – bis zur Pervertierung. Die Freiheit muss im Interesse der Freiheit für die Feinde der Freiheit aufgehoben werden, lautet die Formel, wobei als unausgesprochenen Zusatz anzufügen ist, dass die Mächtigen definieren, wer ein Feind der Freiheit ist.

Kannst du nicht konkreter werden?

Ich erinnere mich gut, wie es mir kalt den Rücken herunterfiel, als letztes Jahr auf Bolderm der Präsident der Zürcher Freisinnigen, Nationalrat Rudolf Friedrich aus Winterthur, eiskalt etwa auf dieser Linie referierte. Den wirklich liberalen Standpunkt vertrat dort der Sozialdemokrat Adolf Muschg. Man gewöhnt sich nachgerade daran, dass nicht Freisinnige, sondern Sozialdemokraten wie Muschg, Gerwig oder Bäumlin die freiheitlichen Prinzipien am energischsten verteidigen, jawohl: verteidigen gegen Angriffe, für die zu einem schönen Teil Freisinnige die Verantwortung tragen. Seit die Freiheitsrechte von den «Falschen» beansprucht werden, beschäftigen sich die Freisinnigen lieber mit dem Einschränkung.

Ziehst du eine Lehre aus der ganzen Affäre?

Noch deutlicher als bisher ist mir bewusst geworden, dass Demokratie kein Geschenk ist, das man einmal erhalten hat und dann besitzt. Demokratie ist noch nicht verwirklicht, wenn ein paar wolkige Reden in einer Versammlung oder in einer Menschenrechtskonvention verankert werden. Demokratie ist kein Zustand, sondern eine *Entwicklung*. Demokratie muss täglich neu *erkannt* und *verteidigt* werden. Diese Rechte können gegen die Angriffe der Rechtsstaatler verteidigt werden, wenn sich alle entschlossenen Demokraten in einer breiten *Sammelbewegung* zusammenschliessen. Weil die Verwirklichung der Demokratie eine Frage der Machtverhältnisse ist, will das Demokratische Manifest die Forderung der Demokraten stellen, der breite Zustrom neuer Manifest-Mitglieder zeigt, dass viele Schweizer – gerade auch angesichts des Falles Cincera – begreifen haben, wie nötig ein solcher Zusammenschluss ist.

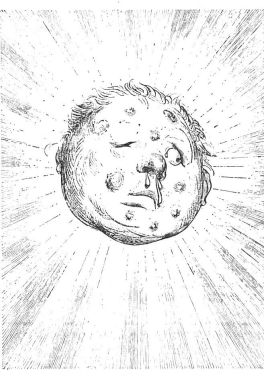
## Schlagzeilen statt Fragen

Mit andern Worten: Cinceras Dunkelkammer ist noch nicht ausgeleuchtet?

Eine sensationsgierige Presse hat die ersten DM-Enthüllungen über Cincera gierig aufgenommen und die Erwartungen hochgespielt. Erwarten und warten – das war die Devise mancher Redaktoren. Sie sassen in der warmen Redaktionsstube am Schreibtisch und warteten auf weitere Enthüllungen aus dem «Untergrund». Aber nur wenige hatten Lust und Interesse, Cincera und seinen Kumpanen wirklich auf den Pelz zu rücken. Hat jemand die «Wirtschaftsförderung» gefragt, ob sie Cincera noch immer unterstützte? Hat jemand den professionellen Informationsverhinderer Mörgeli im EMD dazu gebracht, die Komplizenschaft Cincera-Oberfelders zu konfirmieren? Hat jemand die politische Polizei des Kantons Zürich mit harten Fragen bedrängt, nachdem bekanntgeworden war, dass Cincera-Unterhändler Willy Matzinger auch diese Amtsstelle befüllte? Hat sich jemand für die Amflichierte der Militärjustiz interessiert, die beide Augen zudrückt, wenn der Herr Oberstleutnant klassifizierte Militärdokumente in ein ziemlich öffentliches Archiv eingliedert? Und so weiter.

Du kritisierst, ein Teil der Presse habe zu laut und zu laut reagiert. Wie erklärst du dir, dass Samuel Sigris, Chefredaktor der «Freien Tagblätter», den Fall Cincera als einen «Fall Massenmedien» hinstellt, womit er meinte, die Medien hätten sich kritisch vor den DM-Karren spannen lassen?

Man soll nicht alles ernst nehmen, was S. S. schreibt. Er gehört zu jenen standhaften Schreibern, die sich durch Fakten und Argumente nicht von ihrer vorgefassten Meinung abbringen lassen. S. S. hat sich geirrt, weil viele Zeitungen dem Cincera-Skandal jenen Platz eingeräumt haben, der ihm auch gebührt. Wenn ein prominenter Freisinniger und hoher Offizier die Parastaatschutz aufbaut und damit den Rechtsstaat mehr unterhöhlt als all seine Kartei-Subversiven zusammen, so ist das in einer Gesellschaft, die sich offen und demokratisch nennt, ein *erstarriges Politikum*. (Das die Zeitungen übrigens deshalb als Politikum abhandeln konnten, weil das DM mit den Akten nicht sofort zur Bezirksanwaltschaft



Voller Sorg und Not blickt das Bürgerum um sich, was da mit seinem Image angestellt wird. (Zeichnung: G. Doré)

mationen waren diese Zeitungen indes gerade nicht interessiert. Es ging ihnen nicht darum, über den Fall Cincera umfassend zu informieren, sondern *abzulenken*, Entlastungsartikel zu bringen, für Cincera zu mauern. Das war nicht Information, sondern schlecht verstecktes Interesse.

An Lieferanten von neutral präsentierten *Entlastungsartikeln* fehlte es nicht: die Schweizerische Politische Korrespondenz (SPK), ein von der Wirtschaft ausgehaltener Artikel- und Nachrichtendienst, der Freie Korrespondenzdienst (FKD) des Sagerschen Ostinstituts, Oberst Däniker aus dem Hause Rudolf Farner und schliesslich eine Kompanie Cincera-Freunde, die vier Vorlagen von Hans Schärp vor Augen, fleissig Leserbriefe ab- und umschrieben.

Ich nenne diese Zeitungen *Reflexpresse*. Ihr hervorstechendes Merkmal ist nicht ihre Informationen und nicht ihre Analysen, sondern die dumpe und nicht selten dumme Reflex, das Anknüpfen an langjährig gepflegte Vorurteile.

Und die «NZZ»?

Die Redaktion an der Falkenstrasse hat den Parteifreund Cincera nicht *fallengelassen*, wie oft behauptet wurde, sondern bereits *seit Jahren* immer wieder *kritisiert*. Zum Beispiel formulierte Hanno Helbling, von Cinceras Archivar mit dem Vermerk «Links gefärbt» registriert, die Kontraproduktivität von Cincera so: Kurt Marti habe den Staatschutz-Aktivismus à la Cincera «als Gefähr für das politisch-gesellschaftliche Klima der Schweiz bezeichnet. Mit einigem Recht. Der Arzt, der hinter jedem Husten eine Tuberkulose vermutet, macht die Patienten nervös – fürs erste wenigstens; auf die Dauer macht er sie wohl (was schlimmer ist) sorglos.» Dank den Enthüllungen des DM konnte die «NZZ» die «seltsamen Methoden» ihres Parteifreunds statt in subtilen Nebensätzen nun in seitenfüllenden Artikeln kritisieren.

Ist es dem Manifest gelungen, die «NZZ» als Verbündete zu gewinnen?

Es ist kein Witz, aber es gibt tatsächlich Leute, die das meinen. In «Abendland» beklagte Cincera Hausfreund Ernst R. Borer «die widerliche Kameraderie eines Teils der bürgerlichen Presse». Der Redaktor der «Stimme der schweigenden Mehrheit» war von der «NZZ»-Haltung «schmerzlich berührt» und unterstützte gar, die «NZZ» könnte von KBG-Agenten durchsetzt sein. Nun, die «NZZ» ist halt nicht das Sprachrohr wildgewordener Kleinbürger. Sie operierte wie das Werbebüro Farner mit seiner Aktion Freiheit und Verantwortung auf derselben Linie: Sie deckte Cinceras Praktiken nicht ab, sondern indirekt, indem sie das Manifest massiv angriff.

**AIR BAHAMA**  
SÜDAMERIKA – MITTELAMERIKA – ÜBER DIE BAHAMAS.

|                   |        |                |
|-------------------|--------|----------------|
| * Nassau          | ab Fr. | <b>897.-</b>   |
| * Lima            | ab Fr. | <b>2.041.-</b> |
| * Bogota          | ab Fr. | <b>1.592.-</b> |
| * Quito           | ab Fr. | <b>1.690.-</b> |
| * Mexico (Cancun) | ab Fr. | <b>1.355.-</b> |
| * Jamaica         | ab Fr. | <b>1.147.-</b> |
| * Miami           | ab Fr. | <b>1.064.-</b> |

4 x wöchentlich ab Luxemburg mit DC-8 Super Jets. Auskunt in jedem guten Reisebüro, oder Coupon direkt an AIR BAHAMA.

8024 Zürich, Limmatquai 4, 01/32 94 13-16  
4002 Basel, Hardstrasse 45, 06/42 66 44  
1211 Genf, 16, rue du Mont Blanc, 022/31 43 35

Ich bitte um Detail-Informationen. \*K2\*

Nr. \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_

## Die Feinde erkennen

Demokratisches Manifest Ernst Cincera – «das konzept», Nr. 12/76

Aufgrund von Dokumenten, die in der Privatarchiv gestohlen wurden, inszeniert die Arbeitsgemeinschaft «Demokratisches Manifest» (DM) seit rund zwei Wochen in der Öffentlichkeit eine systematische Hetzkampagne gegen Ernst Cincera. Trotz gross aufgelegten «Entlarvungs-Spektakel hat sich publizistische Ausbeute der geschlichen Dossiers bislang als eher dürftig erwiesen: Bis zum Augenblick haben sich gegen Herrn Cincera keine Verdachtsmomente betreffs strafbarer Handlungen ergeben, die es rechtfertigen wür-



Leserbrieft sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion «das konzept», Rämistrasse 68, 8001 Zürich.» Kurze Zuschriften freuen uns besonders.

den, gegen ihn ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Wohl aber ist bekannt, dass *unabhängige Mitglieder des DM gesetzwidrige Handlungen begangen haben*. Es muss daher notabene erstaunen, wie unkritisch sich hie eine Staatsverantwortung mittragende Partei wie die SP offenkundig mit dem DM identifiziert und solidariert, also *illegalitäten* deckt. Wie wir wissen, haben perestrojka weisse jute Kreise, die jetzt E. Cincera «perfidie Gesinnungsschnüffelle» vorwerfen, selber Karteien angelegt, fleissig Zeitungsartikel, Photos usw. gesammelt und sich sogar coram publico damit gebrüht. In welchen dubiosen Archiven sind wohl die Photos der bürgerlichen GSR-Kandidaten der letzten paar Semester verschwunden? Ihren Eigentümern wurden sie nie zurückerstattet, sondern sie tauchen jetzt mitunter wieder auf (etwa in der «Leser-Zeitung»).

Das DM hat effektiv wenig Handfestes gegen Cincera vorzuweisen. Daher

sollen nun Einzelpersonen diffamiert werden: *Die blosse Tatsache, Herrn Cincera bei Gelegenheit einmal persönlich kennengelernt zu haben, genügt, als Denunziant und Zeuge zu werden*. Persönlich halte ich unmisserständlich fest, dass ich Ernst Cincera nie «mit konkreten Informationen über die Universität beliefert» habe. Die entsprechenden Behauptungen im Wochen-Bulletin Nr. 6 der Studentenschaft sind in bezug auf meine Person schlicht tatsachenwidrig und verleumdend. Der KSR wird sich deswegen u. a. auf meine Veranlassung hin vor den Aufsichtsorganen zu verantworten haben. Richtig ist, dass ich Herrn Cincera einmal einen (von mir verfassten) ihn betreffenden Leserbrief an den TA zur Kenntnisnahme zugesandt habe. Hiebei ging es um *keine studentische Angelegenheit*, sondern um eine öffentliche Veranstaltung in der Zürcher Börse.

«Zu materiell-rechtlichen Aspekten der Affäre meine ich, die Öffentlichkeit, die Bürger, die sich in ihrer überlegenen Mehrheit zu unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat bekennen, haben grundsätzlich ein Anrecht darauf, zu erfahren, wer zu den eingeschworbenen Feinden dieser unserer liberalen Ordnung gehört. Die fundierte Information und Dokumentation über öffentlich zugängliche Aussagen und Vorgänge entsprechen durchaus einem legitimen Bedürfnis einer breiteren Allgemeinheit. Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden erachte ich für selbstverständlich. Diese Toleranz darf aber nicht in Ignoranz, in völlige Blindheit gegenüber Extremismus umschlagen.

Wie immer man auch die Methoden Cinceras im einzelnen bewerten mag, so verdient es doch gewürdigt zu werden, dass *Ernst Cincera die öffentliche Auseinandersetzung nicht gescheut und sich selbst vor betont linkem Publikum seinen politischen Gegnern gestellt hat*. Sollte er sich widerrechtlich Dokumente angeeignet haben, wird er wie jeder andere zur Rechenschaft gezogen. Die Sachverhalte abzuklären, bleibt Aufgabe der zuständigen Untersuchungsbehörde.

Beat R. Zimmermann

## Alle wünschen Ihnen ein gutes Neues Jahr. Wir möchten etwas dafür tun!

Sie helfen mit, wenn Sie «das konzept» abonnieren.

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt (Ausweiskopie belegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zurücksenden ankreuzen):

☐ Februar bis Dezember 77 für 14 Fr. (Ausland 18 Fr.)

☐ zum Schülerpreis von 10 Fr. (Ausweiskopie belegen!)

☐ Februar mit dem «Zürcher student» (Februar 77 bis Februar 78) für 24 Fr.

☐ Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_

Talon einenden an: «das konzept», Rämistr. 68, 8001 Zürich

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten/\*als Probennummer/\*am Kiosk/\*auf ein Inserat in nachstehend genannter Zeitung hin. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort\* (\*Zurücksenden und ankreuzen):

Schicken Sie bitte eine Gratisprobennummer an folgende(n) Bekannte(n):



Wie alternativ kann der Schweizerische Studentenreisedienst (SSR) sein?

## Reisen auf neuen Gleisen

Der Studentenreisedienst ist den meisten Studenten als Schalter bekannt, wo man billige Reisen buchen kann. Der SSR will aber nicht bloss eine Konkurrenz zu den kommerziellen Reisebüros sein, sondern auch neue Wege beschreiten: zum einen mit interessanten Reisezielen, mit einer kritischen Reiselhaltung, welche den Studenten nicht bloss einen Touristeneinblick in andere Länder ermöglichen soll, sondern auch einen Kontakt mit den Problemen dieser Länder. Zum anderen aber

wurden im SSR Formen gesucht, wie die Studenten ihre Interessen im Betrieb geltend machen können, damit der SSR eben wirklich ein Studentenreisedienst sei. In neuester Zeit hat sich im SSR eine Diskussion verschiedener solcher Möglichkeiten entwickelt. Der folgende Artikel zeigt diese Diskussion auf und vertritt eine bestimmte Haltung. In der nächsten Nummer werden wir die anderen Standpunkte zu Wort kommen lassen.

«Variationen zum Thema Struktur» so könnten die sich im letzten Jahr häufenden ausserordentlichen Generalversammlungen (a.o. GV) des SSR überschrieben werden. Und was heute unter dem Namen Strukturfrage behandelt wird, gehört zu einem längst bekannten SSR-Thema: die Lösung von seinen rechtlichen Trägern, den studentischen (Studentenschaften und Technikumsstudenten) Genossenschaften. Einige Stationen dieser Lösung zeigen dies.

### «Kindheit» des SSR

1960 vom VSS geboren und einige Jahre innig mit ihm durch Personalunion verbunden, schneidet 1962 das Kind die Nabelschnur durch, indem eine Genossenschaft gegründet wird. Schon kein Kind mehr, rekrutiert es als bald den Verwaltungsrat aus eigenen Reihen. 1968: Der inzwischen professionalisierte Betrieb kann es nicht länger dulden, dass der VSS mit den Richtlinien für die allgemeine Studententouristik auch die Tätigkeit des SSR mehr oder weniger verbindlich festlegt.

Die GV kann von da an nur noch über die statutarisch vorgesehenen Richtlinien den Genossenschaftszweck jeweils aktualisieren. In folgenden Jahren wächst und wächst der Jugendliche in voller Selbstbestimmung zu einem der kapitalistischen Umwelt angepassten Betrieb, welcher seine jugendliche marktgerecht durch eine gewisse «Lässigkeit» verwertet (junge dynamische Manager, man darf den Direktoren «Du» sagen).

Die faktische Lösung von den Studentenschaften wird von der Betriebs-

führung angestrebt und auch nahezu vollzogen. Neuerdings aber schlägt sich die Lösung auch in Vorschlägen der Verwaltung zur rechtlichen Beseitigung der Verselbstständigung des Betriebs nieder, wozu aber das Einverständnis der GV erforderlich ist.

### Die studentischen Interessen

Diese neue «Wende zum Rechtlichen» ist daraus zu erklären, dass sich die Genossenschaft vor einigen Jahren mit Schrecken der Eigendynamik des Betriebs bewusst wurden. Sie setzten sich durch aktiven Gebrauch ihrer – allerdings sehr beschränkten – Rechte in der GV ein, um einen sowohl von den Produkten wie von der Betriebsstruktur her für sie verantwortbaren Laden zu realisieren. Die Zielsetzung des SSR wurde durch Richtlinien näher bestimmt: nicht nur billiges, sondern auch sinnvolles, lernendes Reisen für alle, die sich in Ausbildung befinden, Studenten wie Lehrlinge und Mittelschüler. Zudem wurde ein Betrieb gefordert, der soweit wie möglich eine Kollektivstruktur verwirklichen sollte. Die GV versuchte die durch die Wahl «eigener» Verwaltungsräte und durch die Unterstützung der gleichzeitig entstehenden Mitbestimmungsbewegung im Personal, welche die einzige erhaltene Bedrohung der internen Machtverhältnisse darstellte.

Es war vorauszuweisen, dass dieser neue Kurs den Widerspruch derjenigen hervorriefen würde, welche sich entweder eine Machtstellung innerhalb des verselbstständigten Betriebs hatten auf-

bauen können oder sich nicht mit dem Ziel eines Alternativbetriebs befremden konnten.

### Die Spaltung des Personals

Weitaus ernster zu nehmen war für alle Beteiligten die Folge, dass sich das Personal daraufhin in zwei Parteien spaltete, von denen die eine sich für die Mitbestimmung einsetzte und einen Koalitionspartner in der GV fand, die andere sich aber am Status quo orientierte und in der GV die Wurzel des Übels sah. Durch diese Stellung als Bündnispartner und Buhmann zugleich erhielt die GV eine im Vergleich zu ihren rechtlichen Möglichkeiten völlig unverhältnismässige Aufwertung.

### Die gegensätzlichen Positionen

Aus der erwähnten Aufwertung heraus wird klar, weshalb die GV heute so umstritten ist, und auch, wie die gegensätzlichen Positionen aussehen:

- Die Rechte der bisherigen Genossenschaft müssen an den Betrieb übergeben (Aufhebung der GV oder Stimmmehrheit für das Personal).
- Entweder: Übergabe der GV-Rechte an das Personal, sobald im Betrieb demokratische Strukturen gesichert sind. Oder: Da solche Strukturen kaum gesichert werden können, weil Marktgesetze und Eigendynamik tendenziell den Betrieb immer auf Kommerzialisierung bringen werden, sollen GV-Rechte als (schwache) Gegenkraft erhalten bleiben.
- Für den Fall, dass sich zeigen sollte, dass der Betrieb gar nicht wesentlich

verändert werden kann, sollen jedenfalls Namens- und Verkaufsrechte den Genossenschaften weiterhin zustehen, damit die Möglichkeit zum Aufbau eines anderen studentischen Reisedienstes erhalten bleibt.

### Streik und Entlassungen

Die erste Position trat im letzten Frühling in Erscheinung, als der Verwaltungsrat einen Antrag stellte, welcher die Verselbstständigung des SSR in der Rechtsform einer Stiftung vorsah, mit dem einzigen und offen ausgesprochenen Ziel, die störende GV aufzuheben. Der Antrag wurde – nach Überprüfung durch eine Kommission – abgelehnt. Im Sommer folgte der Streik der engagierten Angestellten. Bei der Reaktion auf den Streik wirkte sich die Spaltung des Personals am stärksten aus: Die Nicht-Streikenden forderten mit massivem Druck die Entlassung der streikenden Kollegen... was denn auch geschah; gegen den Willen eines Teils

unter Bedingungen zustimmten. Der Beschluss wurde aber schliesslich von Personal und Verwaltung abgelehnt. Der Verwaltungsrat briefte deshalb nochmals eine a.o. GV ein, welche am 20. Dez. der «Kompromissfindung» dienen sollte, in Wirklichkeit aber demselben, vom Personal unwesentlich abgewandelten, Antrag zuzustimmen hatte.

Dieser Antrag sieht vor, dass jeder festangestellte SSR-Mitarbeiter das Recht hätte, Einzelgenossenschaftler des SSR zu werden. Im Klartext: Die GV soll durch rund 70 neue Personengenossenschaftler (zu den etwa 20 bisherigen stimmberechtigten Körperschaftsvertretern) erweitert werden. Dieser Antrag wurde mit einer den meisten Genossenschaftlern aus dem Herzen gesprochenen Begründung, nämlich der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit, serviert.

Das führte denn auch dazu, dass die sich seit je für die Mitbestimmung des Personals einsetzenden studentischen Genossenschaftsvertreter sich plötzlich für die Legitimität ihrer eigenen Vertretung im SSR wehren mussten, wobei auf einer – falschen – Argumentationsebene die Machtfrage im SSR angesprochen wurde.

### Die Macht liegt im Betrieb

Die reale Machtfrage wurde umgangen, indem die Diskussion auf das einzige Gremium beschränkt blieb, in dem sich die Studenten artikulieren können, und dann gefragt wurde: «Weshalb wollt ihr eure Rechte nicht abgeben – ihr seid doch für Mitbestimmung?»

Wird die gestellte Frage nicht nur auf die GV bezogen, sondern richtigerweise auf den SSR als Ganzes, so lautet ihre Antwort umgekehrt: Genau wenn wir für Mitbestimmung sind, sind wir dagegen, dass die betriebsinternen Machtstrukturen auch noch auf die GV ausgedehnt werden. Genau dies würde aber durch die Aufnahme des Personals bewirkt.

### Hin zum Kommerz

Sowohl die bis jetzt – und tendenziell immer vorhandene – Eigendynamik des Betriebs in Richtung Kommerzialisierung, wie auch das grosse Übergewicht der Manager in einem hierarchisch aufgebautem Betrieb – und das ist der SSR – würden verstärkt, wenn die Betriebs-

Fortsetzung auf Seite 8

### Aufgaben von Kleinanzeigen:

Preis: bis 30 Worte 12 Fr., bis 60 Worte 24 Fr.; für Chiffreinsätze 3 Fr. Zuschlag.

Text mit Schreibmaschine oder Blockschrift sauber auf ein Blatt schreiben, Name und Adresse beifügen und einstecken an MOSSSE-Annancen AG, Postfach, 8023 Zürich; Betrag auf Postcheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kleinanzeigen» oder «Kleinanzeige» bzw. «Kleinanzeige des konzept» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzugscheins. Das Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages. Dispositionen unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen. Einsendeschluss wie für Inserate (siehe Impressum).

Wohn- und Arbeitsgemeinschaft sucht fortschrittlichen Arzt mit Interesse für Naturheilkunde. Wohnort und Praxisräume vorhanden. Chiffre 3365, Mosse-Annancen AG, 8023 Zürich.

### Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung: die Gratis-Rubrik



### für die Reisepartner-Suche

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

### Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einstecken an «das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).

Sidamerka: Wer fährt mit mir (24. Student) für zwei Monate ab Mitte Juli 1977 von Lima bis Rio? Triptour (Auto, Zug) nicht festgelegt. Georg Glöggler, D-775 Konstanz, Buchhardtstr. 35/111.

Ich reise Anfang März für etwa 6 Wochen nach Thailand (inkl. Bahnfahrt durch den Busch nach Singapur). Wer ist im gleichen Fall? Bitte Kontakt aufnehmen mit: Alfred Ch. Heilmann (23), Buchhofstrasse 17, 4053 Basel.

Wen treffe ich im März 1977 in Algerien? Paul Ott, Länggassstr. 75, 3012 Bern, (031) 24 53 79.

## treffpunkt

Zu zweit macht es doch viel mehr Spass, oder? Adam, 30/166, zur Zeit einsam, sucht Dich, liebe, zärtliche Eva. Bist Du 20-27 Jahre jung und Nicht-raucherin, dann lass doch von Dir hören. Chiffre 3335, Mosse-Annancen AG, 8023 Zürich.

Berner Student würde eigentlich gerne eine offene Beziehung zu etwa Gleichaltrigem (so bis 25) versuchen! Chiffre 3336, Mosse-Annancen AG, 8023 Zürich.

Wenig einfacher, unportierlicher lic. rer. pol. sucht ein fröhliches und aufgeschlossenes Mädchen bis 27-jährig im Raum Bern, welches ihm hilft, eine Dissertation zu schreiben. Schreibmaschine und Bett stehen zur Verfügung. Offerten an Chiffre 3256, Mosse-Annancen AG, 8023 Zürich.

## COPY-CORNER

### FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Seilergraben 41, 8001 Zürich  
Tel. 01/32 49 34, PC 80-27780

FOTOKOPIEN AUF NORMALPAPIER  
(xerographisches Verfahren)

| Schnelldruck<br>(ab einer Vorlage) | mit LEGI | 20 Rappen/Stck. |         |
|------------------------------------|----------|-----------------|---------|
|                                    |          | 1seitig         | 2seitig |
| 30 Ex.                             |          | 4.50            | 9.—     |
| 50 Ex.                             |          | 5.50            | 10.50   |
| 100 Ex.                            |          | 7.50            | 14.50   |
| 200 Ex.                            |          | 15.—            | 28.—    |
| 300 Ex.                            |          | 21.—            | 38.—    |
| 350 Ex.                            |          | 23.—            | 42.—    |
| 400 Ex.                            |          | 25.50           | 44.50   |
| 500 Ex.                            |          | 28.—            | 52.—    |
| 1000 Ex.                           |          | 40.—            | 73.—    |

ÖFFNUNGSZEITEN MO-FR 08.30-18.30  
SA 10.00-13.00

lbico-Spiralbindung  
pro Buch 2.50-4.50



# 1Woche 215.-

LEYSIN HITS: 7 TAGE HALBPENSION IM HOTEL UNIVERSITAIRE, DOPPELZIMMER, 6 TAGE SKIABONNEMENT IN LEYSIN.  
12.-19.3.77, 19.-26.3.77

Klosters: 7 Tage Halbpension  
im Hotel Chesa Selfranga,  
Mehrbettzimmer, im März,  
Fr. 175.-/196.-

Davos: 7 Tage Halbpension  
im Hotel Bolgenschanze, Mehrbettzimmer, im März,  
Fr. 154.-/175.-



SCHWEIZERISCHER  
STUDENTENREISEDIENST  
Basel, Bern, Luzern, St.Gallen, Zürich



Zum «konzept»-Gespräch mit W. Kauer

## Schwierigkeiten bei einem politischen Interview

«das Konzept» führte ein zweistündiges Gespräch mit dem Schriftsteller Walther Kauer. In der Nr. 12/76 wurden Auszüge daraus veröffentlicht. Das abgedruckte Interview hat Protest hervorgerufen, Protest der Partei der Arbeit, des Schriftstellers W. M. Diggelmann; Protest aber auch des Autors Kauer selbst. Kauer, der zurzeit krank ist, hat nicht selbst eine Entgegnung geschrieben. Für ihn hat seine Frau, welche beim Interview auch zugegen war, geantwortet. Nachfolgend drucken wir ungekürzt diese Entgegnungen ab und antworten mit einem Kommentar auf die geäußerten Vorwürfe an unsere Adresse.

### Entgegnung von U. Kauer

Da ich an diesem Gespräch als aufmerksame Zuhörerin teilgenommen habe – also passiv, da ich mir dachte, es gehe hier um Dinge, nämlich um die Bücher von Walther Kauer, und nicht um Personen – fühle ich mich berechtigt, hierzu Stellung zu beziehen. Dies scheint mir wichtig, da er im letzten «konzept» unter der Schlagzeile «Polter im Literaturgeschäft» erschienenen Artikel ein typisches Beispiel ist, wie aus einem unstrukturierten Gespräch ein entstellendes Frage-und-Antwort-Spiel gebastelt wurde, indem Sätze aus ihrem Zusammenhang gerissen, wichtige Aussagen weggelassen und nebensächliche Bemerkungen hervorgehoben wurden. Da die ganze Entgegnung von «konzept» auf 150 Zeilen beschränkt wurde, kann ich dies nur an ein paar besonders deutlichen Beispielen erläutern.

Unter dem Titel «Nur die Berühmten leben von den Büchern» stand zum Beispiel im «konzept»: «Konzept: Sie können jetzt auf einen Erfolg aufbauen...» W.K.: Ich bin jetzt bei Benziger der Starautor.»

Dieser Satz wurde aus dem folgenden Zusammenhang heraus isoliert:

W.K.: Sagt euren Lesern einmal, dass der Rummel einem Schriftsteller fertig machen kann. Ich werde an Lesungen geschickt und muss dutzende Mal das gleiche lesen, bis ich meine eigenen Texte nicht mehr sehen, geschweige denn hören mag. Es stört mich manchmal, doch ist es so, mein Buch «Spätholz» ist jetzt das meistverkaufte beim Verlag. Es wurde gesagt (die Ironie wurde offenbar überhört, U. K.), ich sei der Starautor.»

Zweites Beispiel: Im «konzept» hiess es: «Konzept: Bist du mit dem «Schachteltraum»-Manuskript direkt in die DDR gegangen?»

W.K.: Das war ein reiner Zufall. Aber das glaubt mir eben keiner. Die ersten 70 Seiten lagen bei Benziger zur Lektüre. (Ich wurde schon oft gefragt, ob ich denn spinne...) – Also: die Seiten lagen bei Benziger. Ich kam aber in meiner Arbeit nicht mehr voran. Da gab ich das Manuskript Mark Brun (Jean Villain). Zufälligerweise wohnt er in Ost-Berlin. Mitten in der Nacht bekam ich ein Telegramm: Vertrag perfekt. Bei Benziger waren sie natürlich stocksauer. Aber als unbekannter Autor...

Und so tönte es wirklich: W.K.: Zu jener Zeit war Herr Keckels Cheflektor bei Benziger und Vorgesetzter von Renate Nagel, die den Anfang des Manuskripts kannte. Ich kam nicht mehr weiter und schickte die ersten 70 Seiten Jean Villain nach Ost-Berlin. Mitten in der Nacht erhielt ich vom Verlag «Volk und Welt» ein Telegramm, mit dem Er-

gebnis, dass ein Vertrag abgeschlossen wurde.»

Was die Zusammenarbeit mit dem Verlag «Volk und Welt» anbelangt, wurden folgende Aussagen im «konzept» weggelassen:

«W.K.: Die Zusammenarbeit mit dem Verlag «Volk und Welt» war sehr gut. Dieser Verlag betreut seine Schriftsteller auf eine Art und Weise, wie es hier nicht möglich ist, auch was das Finanzielle anbelangt. Ein Aufenthalt von einem halben Jahr in der DDR wurde mir ermöglicht. Roland Links und Dietrich Simon waren meine beiden Lektoren. Es ist bekannt und wurde auch an der Buchausstellung der DDR in Zürich, im Sommer 1976, bemerkt, dass diese zu den besten Lektoren im deutschen Sprachraum gezählt werden müssen. Im übrigen ist das Buch «Schweiz heute», herausgegeben vom Verlag «Volk und Welt», leider nur in der DDR erhältlich, die beste Anthologie über zeitgenössische Schweizer Literatur.»

Auch über die Zusammenarbeit mit dem Benziger-Verlag wiederholte W.K. verschiedene Male, dass sie zufriedenstellend sei und dass er mit der jetzigen

# echo

Cheflektorin, Renate Nagel, seine Manuskripte eingehend diskutierte.

Zu dem, was unter dem Titel «Kunze, Biermann, DDR und PdA» erschienen ist, möchte ich bemerken, dass hier u. a. auch die Möglichkeitsform in der Wirklichkeitsform wiedergegeben wurde. W.K. wies darauf hin, dass ein Protest nur dann wirksam sei, wenn die Protestierenden mit ihrem Namen, unter Umständen mit finanziellen Einbußen, ihrem persönlichen Engagement Ausdruck verleihen würden. Weiter erklärte er deutlich, dass er einmal das Amt eines Parteisekretärs der PdA im Kanton Aargau ausübte.

Zum Schluss möchte ich noch ein paar Aussagen hinzufügen, die ebenfalls gefallen sind:

«W.K.: Den Umgang mit Ansehen und Berühmtheit muss ich noch lernen; es wird mir manchmal zuviel. Über jegliche Banalität werde ich zum Beispiel von Journalisten befragt, als ob ich über alles und jedes eine vorgefasste Druckreflexe hätte; häufig: Und: «Ich liebe keine Interviews, weil nur das geschrieben wird, was passt.»

Der Leser kann sich nun selbst ein Bild machen, was bei diesem zweistündigen Gespräch gepasst hat. Ich frage mich nur: Wozu das Ganze? Und ich gestehe ehrlich: Ich habe lange gezögert, hierüber diese paar Worte zu verlieren.

Ursula Kauer

## Stopfen Sie das Januar-Loch!

Mit ein paar Erinnerungen an das alte Jahr.

**Januar:** Das Arbeits-Los-Spiel. Ein Gesellschaftsspiel zum Mitlernen. (Das Spiel kann auch als kartierter Separatdruck gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bezogen werden.)

**Februar:** Oben wurde pensioniert – unten wurde fusiliert. Interview mit den Machern des Filmes «Die Erschliessung des Ernst S.», Richard Dindo und Nikolaus Meienberg.

**März:** Interview mit Jutta Menschlik über die Frauenbewegung.

**April:** Lehrerentlassungen in der Schweiz. Ein Report mit Hintergrundinformationen aus Anlass der Gründung des «Demokratischen Manifestes».

**Mai:** Ärzte verteidigen ihre Pfünde. Im schweizerischen Gesundheitswesen haben noch immer die Ärzteschaftsorganisationen das Sagen (und Kassieren).

**Juni:** Das zweite «konzept»-Gesellschaftsspiel: Das Schüler-Spiel. (Auch als Separatdruck gegen 2.50 Fr. in Briefmarken erhältlich.)

**Juli/August:** Mit dem «konzept» fast ein Barfüsserarzt: Hinweise zur Erkennung und Behandlung von Geschlechtskrankheiten.

**September:** Das schweizerische Bildungswesen kritisch durchleuchtet. Interview mit E. Schraff und G. Latzel von der «Gesellschaft für Hochschule und Forschung».

**Oktober:** Nikolaus Meienberg schrieb für «das Konzept», wie es dazu kam, dass er bei einer grossen Zürcher Tageszeitung nicht mehr schreiben darf.

**November:** 1956 wüteten die Studenten gegen alles, was ihnen kommunistisch schien. Jürg Frischknecht stellt die Ereignisse anhand von Dokumenten dar.

**Dezember:** Eine Nummer über die Machenschaften von Cincera und Consorten. Daneben natürlich noch anderes, wie die Bildgeschichte von Mario Grasso und Kurt Tscholsky, die elektronische Speicherung der Schweizer Soldaten, das Interview mit einem sozialistischen Literatur-Poltergeist (W. Kauer).

Jede Nummer gegen 1.50 Fr. in Briefmarken. (Ganzes Jahrgang 10 Fr.) Redaktion «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich, PC 80-37626.

### Oje Walther...

Walther Kauers Interview im «konzept» zeugt nicht gerade von persönlicher Bescheidenheit, aber er sollte immerhin bei der Wahrheitsliebe in seiner Selbstüberschätzung erkannte er sich selbst zum Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros der Partei der Arbeit. In eine solche Funktion wurde er von der PdA nie gewählt und hat eine solche auch nie ausgeübt. Seine Diffamierung der PdA ist eine absolute Verzerrung der Politik der Partei.

In den Thesen der PdA ist zu lesen: «Die sozialistische Gesellschaft von morgen kann nicht ohne die Mithilfe und das Einverständnis des Volkes und nicht ohne Rücksicht auf unsere nationalen Bedingungen, Eigenheiten und Gewohnheiten errichtet werden. Auch ist die neue Ordnung nur denkbar auf der föderalistischen Grundlage unseres Landes, nur mit der Aufrechterhaltung der Rechte und Freiheiten des Volkes, die ein fester Bestandteil der Entwicklung der Politik und der Kultur unseres Landes sind. Ebenso verhält es sich mit der Existenz nicht nur einer einzigen, sondern mehrerer Parteien, so wie es auch klar ist, dass eine aus dem Volk hervorgegangene sozialistische Regierung nur im Einverständnis mit dem Volk regieren kann.»

Die Kommunisten der Schweiz, die immer an der Spitze des Kampfes gegen den Faschismus gestanden haben und dafür viele Opfer brachten, lehnen es ab, von ihm als «Faschisten» beschimpft zu werden.

Auch in der Frage der Zusammenarbeit mit dem Verlag «Volk + Welt», Berlin, bei seinem Erfolgsbuch «Schachtelraum» sagt er schlicht die Unwahrheit. Kauer lebte wochenlang in Berlin und arbeitete mit dem Lektorat sehr eng zusammen. Es ist für einen Schriftsteller keine Schande, wenn er Gelegenheit hat, mit einem guten Lektor zu kooperieren. Seine Aussage, er sei vom Verlag «Volk + Welt» nur finanziell gut unterstützt worden, widerspricht auch seiner eigenen Feststellung: «Der Verlag «Volk + Welt» betrieb einen Aufwand, der hierzulande nicht geleistet wird, allein schon aus ökonomischen Gründen nicht betrieben werden kann.» Es darf festgehalten werden: Ohne «Schachtelraum» mit einer Gesamtauflage von 25 000 Exemplaren gäbe es kein «Spätholz» und keinen berühmten «Starautor» beim Benziger-Verlag.

Partei der Arbeit, Zürich

## In Sachen Biermann, Kauer, «Gruppe Olten»

Ich beziehe mich auf das Interview, das Herr Kauer dem «konzept» gegeben hat. Wenn einer in eigener Sache lügt, ist das seine Sache. Aber wenn einer meinen Namen in verleumderischer Weise zitiert, muss ich einschreiten. Mich berührt es nicht, wenn Herr Kauer sagt, er habe während zwanzig Jahren in der Nationalliga Fussball gespielt. Zufällig bin ich ein Fussball-Fan, aber Herr Kauer hat wohl unter einem Pseudonym gespielt. Dass Herr Kauer noch heute ein ungebrochenes Verhältnis zur Arbeiterklasse hat, ist rühmenswert. Ebenso rühmenswert ist seine wertvolle Mitarbeit als Mitglied des ZK der PdA; da ich nie Mitglied dieser Partei war, kann ich diese Behauptung nicht überprüfen. Ich kann aber überprüfen, dass ich in Sachen Biermann das Telegramm an Erich Honecker und an die Botschaft der DDR nicht mitunterzeichnet habe. Ich war nämlich gar nicht erreichbar. Franz Hohler wird das bestätigen. Überprüfen kann ich Kauer's Arroganz, die er gegenüber dem Verlag «Volk und Welt» an den Tag gelegt hat. Kauer's Roman «Schachtelraum» hätte ohne die intensive Hilfe von Günther Simon und Roland Links nie erscheinen können. Kauer, das kann ich beweisen, hatte in der DDR eine Vorgesetzstellung, nicht nur finanziell, genossen. Was ich weiterhin beweisen kann: Kauer's Roman «Spätholz» wurde vom Verlag «Volk und Welt» im März 1976 von dem Fall Biermann abgelehnt. Ebenso kommt Prof. Musch nicht in Frage zurzeit. Wozu also die arrogante Argumentation, sie zögen Lizenzverträge zurück? Diese Verträge bestehen ja gar nicht.

Herr Kauer mag sich als «Starautor» des Benziger-Verlages ausgeben. Das ist seine Sache. Er mag behaupten, seine Beiträge zur Weltliteratur würden vom Benziger-Verlag unkorrektur herausgegeben. Ob das so ist, weiss ich nicht. Doch was mich zusätzlich veranlasst, diese Berichtigung zu schreiben, ist Kauer's despektierliches Argument, das Protesttelegramm an Honecker lediglich abgeschickt, um die «NZZ» zu beruhigen. So weit also geht die intellektuelle Prostitution? Mich, um Worte von Hermann Kant in Sachen Biermann zu zitieren, mich braucht man vor der «NZZ» nicht zu schützen.

W. M. Diggelmann

## Nur der halbe Kauer?

Wir haben mit einem, wie wir meinen, höchst interessanten Schriftsteller ein Interview machen wollen. Interessant an ihm war die politische Haltung, welche in seinen Büchern zum Ausdruck kommt. Statt intellektueller Existenzdramatik redet da einer lebendig von den Kämpfen und Problemen der verschiedenen Schichten in unserer Schweizer Bevölkerung.

Wie das üblich ist, haben wir uns angemeldet, sind geladen worden. Wir haben uns die Fragepunkte notiert, um jemand auf den Zahn zu fühlen. Auf Kauer's Wunsch verlief dann aber das Gespräch frei, sprunghaft. Kein Wunder also, dass wir nicht vier Seiten «konzept» mit dem Originalton gefüllt haben. Wir haben ausgewählt, nach unserer Frage-liste eben. Und wir haben trotzdem noch viele Abstriche machen müssen. Das ist bei jedem Zeitungsinterview so.

Das Besondere am Gespräch mit Kauer war die Tatsache, dass da ein recht wilder Geist zelte und schimpfte, schimpfte nicht nur über den sozialen Widerpart, die Unternehmer(-Verleger), sondern auch über die «Genossen». Sozialismus ist in der Schweiz ein besonders heisses Thema und erst recht, wenn es um die Partei der Arbeit, die DDR oder andere sozialistische Staaten geht. Man verbrennt sich leicht (auch unter Linken) die Finger, wenn man gute Worte über diesen Sozialismus verliert: Da riskiert man gleich seine eingeborenen Humanitäts-Fibern, denn man weiss ja...

Wir wussten eben nicht, oder genauer: wir wollten nichts von vornherein wissen. Um so brisanter war es, zu erfahren, dass ein Autor, welcher der DDR (und vielleicht auch der Partei der Arbeit) viel verdankt, in Hilfe und Unterstützung, an Erfahrungshilfe sozusagen, dieser Autor also so vehement dagegen loszieht. Wir erkannten in dieser Widersprüchlichkeit Stoff zur Debatte und zur Auseinandersetzung. Deshalb haben wir das Gespräch abgedruckt.

Und eben: Wir haben ausgewählt, was uns besonders wichtig schien. Wir haben auslassen müssen, zum Beispiel Kauer's

Haltung zur alternativen Presse, bei der er längere Zeit tätig war, seine Haltung Frauen gegenüber, seine Probleme mit dem Berühmtsein. Aber wir haben ihm keinen Satz, keine Äusserung in den Mund gelegt, welche er nicht auch ausgesprochen hat. Wir haben den Eindruck, welchen wir nach zwei Stunden Gespräch mit ihm gewonnen haben, nicht verfälscht. Wir haben vielleicht nur seine Polterseite kennengelernt, nicht diejenige seiner Anerkennung, seines Lobes. Hätten wir schreiben sollen, dass wir zur Begrüssung mit ihm zuerst eine halbe Stunde revolutionäre Lieder angehört haben, darunter auch solche von Ernst Busch?

Rudolf Küng



Die Übertragung, oder wie es dazu kommen kann, dass der Ausfragende im Befragten den Drachen sieht, den es zu erledigen gilt.

Zeichnung Georges Allary, aus «Grapouillots»

## Nochmals: Die vier Modelle zum NC

«das Konzept» hat in seiner Dezember-76-Nummer den Beitrag von Mathias Bonert zum drohenden Numerus clausus abgedruckt, zu dem auch der Kasten «Modelle – eins unmöglicher als das andere» gehörte. Da bei der Produktion der Seite im Kasten Abschnitte sinnentstellend vertauscht wurden, veröffentlicht wir jetzt nochmals diese Übersicht – in der Hoffnung, dass uns der Fehler teufel diesmal keinen Streich spielt.

### Modelle – eins unmöglicher als das andere

- Modell A: Gesamtschweizerische «Pool-Bildung» aus den Voranmeldungen aller Kantone. Variante 1: mit einer gleichen Rückweisungsquote für alle Kantone. Variante 2: Kontingentierung gemäss «Bericht Akere»
- Modell B: Gesamtschweizerische «Pool» exkl. Basel (s. o.); dann je Variante 1 bzw. 2 (Kontingentierung innerhalb des Pools)
- Modell C: Je ein Pool in der Romandie und der deutschen Schweiz; dann je Variante 1 und 2
- Modell D: Beschränkte oder gar keine Koordination. D 1: Keine Zulassungsbeschränkungen für Absolventen aus Hochschulekantonen; gleiche Rückweisungsquote für Absolventen anderer Kantone (Sonderfall SG ohne Med. Fakultät); D 2: Pool Romandie in der deutschen Schweiz keine Zulassungsbeschränkungen für Absolventen aus Hochschulekantonen; gleiche Rückweisungsquote für Absolventen anderer Kantone.

Modell A lohnt sich im Grunde nicht mehr zu diskutieren wegen des Abscheitens des Kantons BS. Trotzdem: Bei Variante 1 (gleiche Rückweisungsquoten) wären Manipulationen, v. a. die kleineren (Nicht-)Hochschul-Kantone auszunutzen, sich melden einfach mehr Anwärter an, als effektiv das vom NC bedrohte Studium zu ergreifen beabsichtigen, und bringen so ihre Kandidaten durch. Variante 2: Kleiner ist das Problem, die Kriterien zur Festlegung der Studienplatzkontingente ständig gewandelten Gegenstand anzupassen (wie Anerkennung weiterer Maturitätsypen, Gesamtzahl der Studienanfänger infolge Ausbaus der Gymnasialstufe usw.). Grösser ist das Problem der günstigeren Ausgangslage der Westschweiz: Die westschweizerischen Hochschulekantonen müssten gemäss Kontingentierungssystem eine erhebliche Anzahl eigener Kandidaten zurückweisen, während bestimmte Nichthochschulekantonen, also Nichtzahler, ihre sämtlichen Kandidaten durchbrachten. Der Widerstand der betroffenen Kantone ist ganz sicher.

Modell A ist tot. Es lebe Modell B, das freilich, angesichts der erwähnten kantonalen Vorbehalte unrealistisch ist, obwohl sich das Ausseren von BS nur unwesentlich in den Kontingenten niederschlägt. Zum andern wurden dabei Absolventen aus BS/BL nur in Basel studieren können (Diskrimination durch die andern Hochschulekantonen), was sich insbesondere für die Veterinärmedizin auswirkt; da BS keine entsprechende Kapazität hat.

Modell C und B sind tot, es lebe Modell C! Hier ergeben sich folgende Schwierigkeiten: Wir sind die Anwärter der zweisprachigen Kantone FR, BE, VS sowie GR und TI zu behandeln? Was geschieht mit den welschen Med.-vet.-Anwärtern, die Romandie die Vertretung nicht einführt? – Gesetzt den Fall, es könnte über die Koordination der zwei Pools erreicht werden (dies wäre unabhängig, sonst läge in FR und NE Anfängerkapazität brach), dass Deutschschweizer Studienanwärter an Westschweizer Hochschulen aufgenommen werden könnten – dann müsste die Verteilung von Pool zu Pool geführt werden. Die Realität sähe so aus: Die Romandie, die unter diesen Voraussetzungen ihre Studienanwärter privilegiert, müsste höchstwahrscheinlich keinen NC einführen, wohl aber die deutsche Schweiz. Unglücklich wäre –

abgesehen von den doppelten Verwaltungs-unternehmen – das weitere Schicksal der Deutschschweizer Umverteiler: Wo würden sie weiterstudieren (Klinikum)? Vor allem aber: Nicht nur die (postulierte) Hochschule Schweiz, sondern auch die Eidgenossenschaft wären einer untraglichen Zerreissprobe ausgesetzt und es entstünde eine untragliche Rechtsungleichheit.

Modell A, B und C sind tot, es droht Modell D... Mit einer Option für D 1 oder D 2 ist noch viel weniger Staat zu machen, trotz der scheinbar bestehenden Einfachheit, mit der die Modelle aus der Optik der Hochschulekantonen glänzen: Der Schwarze Peter steckt bei den (nichtbezahlenden) Nichthochschulekantonen, bei den Hochschulekantonen nur die Selektionierung.

Es entstünde etwa folgende Situation: Alle Nichthochschulekantonen (exkl. BL) würden zu Studienplatzjägern für ihre Maturanden, für med. vet. auch BS/BL sowie die Westschweizer Hochschulekantonen, die allesamt über keine veterinärmedizinische Abteilung verfügen. Der Hochschulekanton SG (keine Medizinische Fakultät) würde durch die Macht der Tatsachen einem Nichthochschulkanton gleichgestellt.

Gesamtschweizerisch käme es zu einem Studienplatzschlund, da NE und FR mit ihren Medizin-(Anfänger-)Kapazitäten nur so weit belegt würden, als in der Deutschschweiz Klinikplätze vorhanden sind. Das Resultat: Besonders hart wären LU, SO, GR, SG, AG, TI und VS betroffen. Den Ausweg aus diesem Schlamassel in bilateralen Verträgen zwischen Nichthochschul- und Hochschulekantonen zu suchen käme erstens zu spät und hätte zweitens bildungspolitisch katastrophale Auswirkungen: Es führte zu einer Regionalisierung und damit zu einer Desintegration des höheren Bildungswesens, da jegliche Koordination, Schwerpunktsetzung und ein rationellerer Mittelsatz so verhindert würden – eine Forderung, der man sich auch auf der Linken nicht wird verschliessen können, nicht nur im Hinblick auf eine gedeihliche Entwicklung der Produktivkräfte, sondern auch auf eine Demokratisierung des Hochschulwesens. Sie wäre an der Zeit. – Zusammenfassend beurteilt: Dieses Modell darf nicht wahr werden. (Modell D 2 zeitigt ungefähr die Folgen von C kombiniert mit D 1.)

## Reisen auf neuen Gleisen

Fortsetzung von Seite 6

unabhängigkeit der GV-Beschlussfassung aufgehoben wurde. Aus dieser Argumentation heraus ist die Haltung verschiedener Studentenschaften zu verstehen, welche beantragen, erst dann auf den Vorschlag der Verwaltung einzugehen, wenn die innerbetriebliche Mitbestimmung bzw. Kollektivstruktur verschärft ist, und somit den hierarchischen Machtstrukturen eines Betriebes wenigstens potenzielle Schranken gesetzt wären.

Auch wenn damit eine Änderung im Betrieb als Bedingung für eine wesentliche Änderung der GV gestellt wird, bleibt natürlich die Mitbestimmung «Sache des Personals». Aber für eine Veränderung der GV ist entscheidend zu wissen, dass Interessen und Einflussnahme «des Personals» bei einer hierarchischen Struktur nicht identisch sind.

Die Antragsbegründung der Verwaltung kann auch nicht standhalten, insofern sie den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit anführt. Weder beruhen die Rechte der GV auf eingeschossenem Kapital, noch vertreten die Genossenschaftler Kapitalinteressen.

Kapitalinteressen wurden vielmehr inhaltlich von der Geschäftsführung vertreten – bei «Sachzwängen» oder auch beim Rauschmiss. Streikenden. Würde die GV tatsächlich eine gewinnstrebende Geschäftspolitik befürworten, so wäre sie gar nicht umstritten.

Die studentischen Genossenschaftler vertreten demgegenüber Interessen der Konsumenten im erwähnten Sinn der Alternative zu kommerziellen Reisebüros, sowohl was die Produkte angeht, als auch den Betrieb. Ihre ohnehin bescheidenen Rechte legitimieren sich letztlich dadurch, dass sie das Risiko tragen, eines Tages in ihren eigenen Studentenmarkt beherrschendes Unternehmen

unter studentischen Namen vorzufinden, welches ihren Bedürfnissen nicht mehr entspricht und ihnen gleichzeitig jede Möglichkeit versperrt, wieder einen eigenen Reisebetrieb aufzubauen.

Tatsächlich besteht zwar auch ein Gegensatz zwischen den Konsumenten und den Produzenteninteressen, welcher



Modernes Management

jedoch im Betrieb und in der GV ausgetragen werden sollte. Dies würde allerdings ein Gleichgewicht der Vertretung beider Interessen in jedem Bereich des SSR voraussetzen.

## Ausgleich der Interessenvertretung

Der an der GV vom 20. Dez. angenommene Antrag VSS/Uni Basel sieht dies in folgender Form vor:

1. Das SSR Personal schliesst sich nach regionalen oder funktionalen (in

Zürich) Gesichtspunkten in Vereine zusammen, welche als Personalgewerkschaften mit einer Stimme in der GV vertreten sind.

2. Das Personal hat das Vorschlagsrecht für 4 der 9 Verwaltungsräte.

Dies bedeutet die Aufnahme von 7 bis 10 neuen Genossenschaftlern mit gleichen Rechten, die sich aber auch gleich konstituieren wie die bisherigen, nämlich als juristische Personen (Vereine). Die Vereine würden durch gewählte Vertreter ihre Interessen in der GV geltend machen, wozu ein gleicher interner Willensbildungsprozess bei allen Genossenschaftsvereinen erforderlich ist.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Einzelpersonalmittelschaft hätte im Gegensatz hierzu die Vertretung von Einzelinteressen begünstigt und zudem ein enormes Übergewicht der Region Zürich herbeigeführt. Diese für die Funktionsfähigkeit einer Versammlung wichtigen Argumente wie beschränkte Teilnehmerzahl, gleiche vorherige Konsensbildung und verbesserte Möglichkeit regionaler Interessenvertretung sind weitere Argumente für den Antrag.

## Die plötzliche Einheit

Der Antrag von Verwaltung und Personal, die Angestellten als Einzelgenossenschaft aufzunehmen, hatte allerdings einen an der Sitzung nicht ausgesprochenen Grund: Zum erstenmal seit langer Zeit konnte der Verwaltungsrat sich gegenüber dem gesamten Personal legitimieren. Früher war er nur schon aufgrund seiner Wahl durch die GV bei der Mehrheit des Personals abgeschieden, aufgrund schlechter Erfahrungen oder aus emotionalen oder interessenbedingter Ablehnung der GV.

Die plötzliche Einheit des Personals konnte dadurch hergestellt werden, dass mit der Antragsbegründung die nach dem Streik verbliebene kleine Gruppe der «Mitbestimmer» gewonnen wurde, während die Zielrichtung – gegen die

GV – dem übrigen Personal schon seit längerem passt.

Diese scheinbare «Harmonie der Interessen» ist für das ganze Unternehmen von grosser Bedeutung: denn damit rechtfertigt die Verwaltung ihren Antrag. Mit einer Annahme des Antrages hätte sich das Unternehmen ein progressives Mäntelchen umhängen können: «Betrieb gehört den Arbeitnehmern», was aber keineswegs den noch mehr verfestigten realen Machtverhältnissen entsprochen hätte.

Die Frage ist durch den jetzt angenommenen Vorschlag vertagt. Die endgültige Lösung des Problems der Einfluss- und Eigentumsrechte (heutige Form, Übergabe an Arbeitnehmer oder Verkauf) ist jedoch eine Frage, welche legitimerweise nicht von den Genossenschaftsvertretern in der GV beantwortet werden kann, sondern nur von allen Mitgliedern der Technikums- und Studentenschaftsvereine durch Parlamentsbeschlüsse oder Urabstimmungen. Deshalb dieser Artikel.

Lydia Fijn van Draat

chen Nummer bringt das iz3w einen längeren Bericht zu Südafrika und, wie üblich, viele Nachrichten und Kurzberichte zu brennenden Geschehen in der dritten Welt. Erhältlich (oder zumindest bestellbar) sind die «blätter des iz3w» für 2.50 Fr. in den einschlägigen Buchhandlungen.

## Fidel Castro

Der rotpunkt-Verlag veröffentlicht in einem Buch bisher meist unübersetzte Reden von Fidel Castro aus der Zeit von 1965 bis 1976. Insbesondere wurden Reden aufgenommen, welche international von Bedeutung sind, so zur Spaltung der kommunistischen Weltbewegung (1965), zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei (1968), zu den Blockfreien (1973/1975) und zu Angola (1976). Erhältlich im (linken) Buchhandel oder über den Verlag, Postfach 397, 8026 Zürich.

## Radioaktive Abfälle

Unter dem Titel «Radioaktive Abfälle – Hokus Pokus Verschwinden» brachte das Forum für verantwortbare Anwendung der Wissenschaft (Basel) kürzlich eine 70seitige Dokumentation zur Problematik der Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz heraus. Sie soll der Bevölkerung helfen, die auf sie zukommenden Vorhaben zu beurteilen, im besonderen in den von den Sondierungsgesuchen der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA) betroffenen Regionen.

Die Dokumentation «Radioaktive Abfälle – Hokus Pokus Verschwinden» kann durch Voreinzahlung auf das Postcheckkonto 40-4729 des Forums für verantwortbare Anwendung der Wissenschaft (Basel), Postfach, 4113 Flüh, erworben werden. Preis: 9 Fr. (inkl. Versandkosten).

Buchhandlungen oder auf Anfrage auch Vereinigungen und Einzelpersonen erhalten bei Abnahme von mindestens 5 Stück 30 Prozent Rabatt.

## das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

## Frauen in der dritten Welt

Achtmal im Jahr erscheinen die «blätter des iz3w». Diese informative Zeitung, die das Informationszentrum dritte Welt (iz3w) herausgibt, widmet die Novembernummer den Frauen in der dritten Welt. Zu den Stichworten Frauen in der Produktion/ Frauenarbeit in der Stadt/ Frauen in traditionellen Gesellschaften/ Familienplanung und Geburtenkontrolle in der dritten Welt/ Frauen in der Revolution gibt es fundierte Analysen und eindrucksvolle Illustrationen. In der glei-



| Unsere Abonnenten sind unsere Stärke. Können Sie nicht auch etwas für unsere Stärkung tun? Na also... Und: besten Dank! | bei 70 Exp.        | DM pro Seite 3.30 | Angebot anfordern |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|-------------------|-------------------|
| druckt exzellent                                                                                                        | von DIN A4-Vorlage | 100 3.45          |                   |
|                                                                                                                         | auf DIN A5-Format  | 150 3.65          |                   |
|                                                                                                                         |                    | 200 3.80          |                   |
|                                                                                                                         |                    | 300 4.25          |                   |

**BÖNECKE**

3392 Clausthal-Zellerfeld  
Fach 29 Ruf 05323/3525

Frachverbilligung  
Raster billigst!

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:  
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich  
Telefon 01 / 27 77 27

Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas  
Dokumente und alle Reden  
Berlin, Juni 1976

277 Seiten, Leinen, 5.10 Fr.  
Dietz-Verlag, Berlin (DDR)

Buchhandlung Genossenschaft  
Literaturvertrieb, 8004 Zürich  
Cramerstr. 2/Ecke Zweierstr.  
Tel. (01) 39 85 12 und 39 86 11

Basel: Buchhandlung Waser,  
Rümelinsplatz 15-17  
St. Gallen: Cosmos Reisen +  
Bücher, St.-Jakob-Strasse 5

**Semesterarbeiten Dissertationen**

tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.  
R. Hager, Waldstrasse 14  
8046 Zürich  
Tel. (01) 57 66 50

## SSS studentenschreib-service

## Dissertationen Lic.- und Sem.-Arbeiten

- vorschriftsgemässe und rasche Ausführung
- druckfertig ab Manuskript, inkl. Korrektur
- deutsch, englisch, französisch
- IBM-Kugelschreiber-Maschinen mit Filmband (besonders geeignet für Offset)
- 20 verschiedene Schriften
- Offsetdruck. Preisliste anfordern!

Rufe uns einfach an oder komme vorbei (3 Min. von der Uni Zürich!).

Tel. (01) 32 00 88  
Sonneggstr. 26  
8006 Zürich

**CopyQuick**

Semesterarbeiten  
Dissertationen  
Doktorarbeiten

alles drucken wir  
zu äusserst günstigen Preisen  
ab reprofertigen Vorlagen

Vorlagenherstellung mit IBM-Kugelschreibmaschine oder IBM-Composer

Preise auf Anfrage

Lieferfristen: besonders schnell

rufen Sie an oder kommen Sie vorbei

Zweierstrasse 129, 8003 Zürich, Tel. 01/353 888 oder  
Schützengasse 4, Eingang Waisenhausstrasse, Tel. 01/276 636

Sie suchen in Zürich  
**möbl. Zimmer** oder  
**möbl. Wohnung?**

Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!

Verwaltungs AG, 8039 Zürich  
Todistr. 46, Tel. 25 73 12

**Dissertationen**

druckt und bindet äusserst günstig

Brütsch-Druck  
8211 Trasadingen  
Tel. (053) 6 27 02

Ihre DISSERTATION schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen

**Gysin**

Ruedi Gysin AG, Haus der Regio  
Im esseren Zeit 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66  
Hauptstrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

**SSS PRINT**

Die Druckerei des Studenten-Schreib-Service druckt alle wissenschaftlichen Arbeiten in Offsetdruck schnell, erstklassig, preisgünstig.

Bei gleichzeitiger Reinschrift gewähren wir einen Sonderabatt!

Sende uns Dein Manuskript zur individuellen Berechnung, oder komm gleich vorbei:

Tel. (01) 32 00 88  
Sonneggstr. 26  
8006 Zürich

## Nina's Jazz + Blues

Plattenladen an der  
Universitätstr. 116  
in Zürich. Tel. 28 86 00

Offen von 10.00 bis 18.30  
Montags geschlossen

**1977 in die USA**

im Sommer als:  
**Camp Counselor**

Frühling bis Herbst als Teilnehmer an originellen  
**Hospitality Tours**

Für Töchter das ganze Jahr: 2-4 Monate als Gast in amerikanischen Familien.

Auskunft durch:  
International Summer Camp  
Postfach 406, 5401 Baden  
Tel. (056) 22 32 60

→ ISC ←

**Disco: gratis!**

Mi./Fr./Sa 21.00  
für alle vom  
12.-19.1.  
(3 Logi). Beinhalt  
zum ISC möglich  
(passfotos) ♥

Augustinerhof 4

Wo erhalten Sie beim Kauf von 10 gleichen Büchern Mengenrabatt?

Natürlich beim  
**Buchhändler**

**Dissertations-Schnell-Druck**

unverbindliche  
Beratung

individuelle  
Ausführung jeder  
Dissertation

4 3 2

7 1

5 6

erstklassige Qualität

gute Gründe, uns anzurufen

Schlagerpreise

kostenloser Hauslieferdienst

kurze Lieferfrist

**Zollinger AG** Tel. 710 63 60



## Arbeitsplan 76/77 des VSS

## Kampf um die organisierte Studentenbewegung

Der «Verband Schweizerischer Studentenschaften» (VSS) ist einer der Träger des «konzept». Dieses ist zuzusagen sein offizielles Amtsblatt. Nicht deshalb aber publizieren wir hier den Arbeitsplan 76/77 des neuen VSS-Vorstands. Vielmehr kann denen, die durch die Engpässe im Schweizer Bildungswesen direkt betroffen sind, nicht gleichzeitig sein, was die Vertretung der Studierenden auf nationaler Ebene tun will. bn

Die Aussichten für das Amtsjahr 1976/77 sind nicht gerade rosig. Das musste der neu gewählte Vorstand des VSS gleich bei Beginn seiner Tätigkeit zur Kenntnis nehmen. Stets wachsender behördlicher Druck auf die Sektionen, teils sogar wegen deren Mitgliedschaft im gesamtschweizerischen Dachverband, ist ein Stichwort. «Im Fall Bern wird versucht, dem VSS wegen dessen Mitgliedschaft im Herausgeberverein «das Konzept» die ihm zustehenden Mitgliederbeiträge zu sperren. Ebenfalls ist zu befürchten, dass die Sektion Zürich unter dem Vorwand, sie durchbreche mit der Mitherausgabe von «das Konzept», das ihr auferlegte Verbot, zu politischen Ereignissen Stellung zu beziehen, in Schwierigkeit gerät... Zu Besorgnis Anlass geben die Beschlüsse des Schulrats hinsichtlich der Finanzen des VSETH. Die Studentenschaft der Universität Basel ist in der

schlag in sehr vielen und wichtigen Punkten nicht befriedigen kann, so ist doch die strikte Bekämpfung des HFFG wegen seiner grundsätzlichen Option gegen jeglichen Numerus clausus in der heutigen politischen Situation fragwürdig.

3 Das NC-Problem hat nun drohende Aktualität erlangt. Seine Einführung steht im Bereich Humanmedizin für das WS 77/78 ernsthaft zur Debatte. Der VSS-Vorstand ist von Delegiertenrat beauftragt worden, Aktionsmöglichkeiten gegen den NC in der Medizin zu prüfen. Ein Vorschlag auf Organisierung einer gesamtschweizerischen Anti-NC-Demonstration wurde eingebracht. Auch andere Möglichkeiten, z.B. bei der Voranmeldung, stehen zur Diskussion.

Ergänzt wird das hochschulpolitische Programm durch eine Stellungnahme zum Bericht «Lehrerbildung von morgen» und den 3. Ausbaubericht für die schweizerischen Hochschulen, den man auf das Frühjahr 1977 erwartet.

## Soziales

«Eine Neukonzeption der Sozialpolitik des VSS steht... nach wie vor nicht zur Diskussion.» Also keine grossen Projekte zur Überwindung des Stipendienwesens, was an und für sich natürlich immer erstrebenswert wäre. Warum es heute nur gehen kann, ist, die Angriffe auf den Abbau der Stipendien abzuwehren, darauf hinzuwirken, dass nicht gerade die schon sonst am meisten benachteiligten Schichten in einer Zeit der Krise der öffentlichen Finanzen die Hauptlast tragen werden. Der Arbeitsplan hält im weiteren fest, dass eine befriedigende Lösung der Ausbildungsfinanzierung – nicht nur auf Universitätsstufe – nur über eine neue Bundeskompetenz im zur schaffenden Bildungsartikel der Bundesverfassung zu erreichen wäre. Das Erststadium einer Stipendienpolitik drängt sich auf und ist bereits an die Hand genommen. Sie wird Unterlagen zur Stipendienpolitik nicht zuletzt auch der Sektionen des VSS bieten.

Die Probleme des Bücherrabattes sind an dieser Stelle schon genügend dargestellt. Ende des Jahres wird ein Bericht über Sommersemester 77 Grobinformationen über die wachsende Drop-out-Quote an den schweizerischen Universitäten liefern. Dabei

## Der Beschluss, nichts zu beschliessen

Am 10. Dezember fand im alterwürdigen Zunfthaus «Zu Webern» in der Berner Altstadt die Plenarsitzung der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) statt. Geboten wurde ein historisches Schauspiel, ein Lehrstück zum nicht kooperationsfähigen Föderalismus, der mangels entsprechender Bundeskompetenzen keine Optionen, geschweige denn verbindliche Beschlüsse fassen kann. Die maximale Leistung, die dieses gemeinsame Organ von Bund und Hochschulkantonen, das SHK-Plenum, erbringt, ist, die Beschlüsse zu verhindern, die einer endgültigen Absage an sämtliche Koordinationsbemühungen und damit einer Bankrotterklärung gleichkommen. Dieser Entscheid, in Sachen Numerus clausus nichts zu beschliessen, das ist denn auch das Ergebnis dieser wichtigen Sitzung.

Haupttraktandum war die Frage des Numerus clausus im Jahr 1977. Mit dem Unterlagensmaterial für die Sitzung wurde das ominöse Papier «Vorbereitung für die Einführung von Hochschulzulassungsbeschränkungen im Jahr 1977» verschickt, im wesentlichen also dasjenige Papier, das im Anschluss an die vom stehende Ausschusssetzung vom 18. November die Schlagzeilen der Tageszeitungen füllte und das im letzten «das Konzept» näher dargestellt wurde (s. Kasten). Dieses Papier errechnet die kantonalen Kontingente bei vier verschiedenen Selektionsmodellen, wobei es einen Numerus fixus (Einfrieren der vorhandenen Kapazitäten) für die Klinikplätze (in der Humanmedizin 850 Plätze des Studienjahres 1976/77) zu Grunde legt und von bestimmten Prozentzahlen für den Anmeldezuwachs, die Rückzugs- und Ausfallquoten ausgeht.

Die anschliessende Diskussion war lang, brachte aber nichts wesentlich Neues. Vielmehr wurden nochmals die oft wiederholten und längst bekannten Statements der verschiedenen Vertreter in vielleicht neuer Abfolge und verändertem Arrangement abgelesen. Diese fast voraussehbare und berechenbare Rollenspiele – ein lebendiges Theater alter Tagungspraktiken aus dem Ancien régime – gab aber doch einigen die Gelegenheit zu brillanten Voten.

Der Präsident der CEPREM (einer Kommission für medizinische Fragen) verwies auf den sehr berechtigten Assistentenengpass und auf das Schreckgespenst einer Ärztedeckung von 1:260 im Jahr 2000. Dieses Votum gab dem St. Galler Vertreter Aufwind. Ob angesichts dieser Situation die geplanten 60–70 Klinikplätze in St. Gallen überhaupt eine Erleichterung brächten und weiterhin gewünscht seien?

muss der Zusammenhang mit der misslichen hochschuldidaktischen Situation aufgezeigt werden anhand von statistischem Material.

## Kultur

Als neues Tätigkeitsgebiet hat der Vorstand auf Grund des Entscheides des 49. Delegiertenrates des Ressort Kultur in seinen Arbeitsplan aufgenommen. Neben konkreten Projekten wie eine Veranstaltungsreihe zum Thema Berufsverbot in der Bundesrepublik Deutschland, dessen Aktualität angesichts der Schnüffeltätigkeit eines Cincera auch für die Schweiz kaum eines besonderen Nachweises bedarf, und der durch den letzten Delegiertenrat beschlossenen Tournee mit Wolf Biermann, von der aber noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden kann, dass sie zustande kommen wird, wird sich der Vorstand ein Konzept für die Politik im Ressort «Kultur» zurechtlegen. Angesichts der finanziellen Lage ist hier ein williger Geist nicht genügend...

## Verbandsstrukturen

Ebenfalls neu ist im Arbeitsplan der Punkt «Strukturkommission». Es wird nicht die Aufgabe dieser Kommission sein, neue Modelle für unsern Verband zu dreheln, wie er am besten oder besser laufen könnte,

## Ressortenteilung im VSS-Vorstand:

Hanna Murali: Bildungspolitik  
Urs Hänsenberger: Sozialpolitik, Kultur  
Thomas Heilmann: Information, Internationales, Struktur

wenn. Wichtig wird die Strukturfrage deshalb, weil die Existenz des Verbandes in der heutigen Form durch die behördlichen Attacken auf die Sektionen des VSS bedroht ist. Wir wollen nicht, dass erst am Tage, an dem es sich mit letzter Sicherheit erweist, dass weitere Zwangskörperschaften aufgelöst oder entmündigt werden, man beginnt, über notwendige Änderungen sich Gedanken zu machen. Die Arbeit der Strukturkommission ist keineswegs leicht, doch können wir uns mindestens mit Erfahrungen aus Bayern und aus Frankreich, aber auch mit den Erfahrungen der Studentenschaft Basel vertraut machen. Hierher gehört inhaltlich auch das Seminar über verfasste Studentenschaft, welches der VSS am Semesterende organisiert. Neben diesen mehr oder weniger präzise zu fassenden Punkten wird sich der VSS in den kommenden Monaten insbesondere auch mit der Entwicklung beim SSR zu befassen haben. Dies ist aber nur ein Beispiel für die täglich anfallende Arbeit, die keineswegs unwichtig ist für die Verbandspolitik oder routine-mässig erledigt wird. Wir werden im Arbeitsplan fest, die dann auch den Masstab für die wirklich betriebene Politik abgeben. VSS

## Genfs Schritt zur «offenen Universität»

## In die Hochschule ohne Matura

Einen neuen Schritt zur Demokratisierung der Universität geht die Regierung von Republik und Kanton Genf: Ab 1977 können gutausgewiesene Berufstätige in Genf studieren, auch wenn sie nicht über ein Maturitätszeugnis verfügen, das ihre «Hochschulreife» bescheinigt. Allerdings stehen die Türen der Hochschule nicht allen offen: Unter den Interessenten soll eine strenge Auswahl getroffen werden, und der Zugang zum Medizinstudium bleibt ihnen verwehrt.

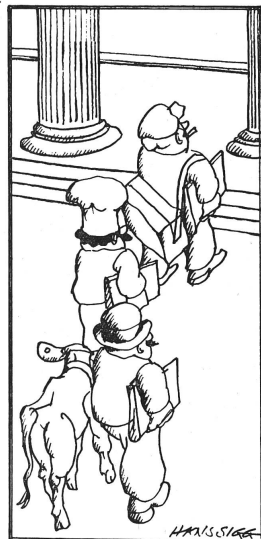
Nachdem im letzten Jahr die «Universität für das dritte Alter» ausserordentlich gut besuchte Kurse für Studenten im AHV-Alter eingerichtet, bringt nun die neue Zulassungsnorm einen weiteren Schritt zur «offenen Universität», die der «éducation permanente» dienen soll: In unserer Zeit vermag der erste Lebensabschnitt formaler Schulung nicht mehr auf alle Wechselfälle des Lebens vorzubereiten. Die einstige «Eliteuniversität» wird mehr und mehr zu einer «höheren Berufsschule mit wissenschaftlichem Charakter», die auch Anwärtern aus dem zweiten Bildungsweg offenstehen soll.

Wer ein Hochschulstudium beginnen will, muss in der Regel über ein Maturitätszeugnis verfügen, von denen es eidgenössische und kantonale gibt, wobei die letzteren eidgenössisch anerkannt oder nicht anerkannt sein können. Die Maturitätsausweise (Typen A, B, C, D oder E) ermöglichen den Zutritt zu jedem Studium, wobei für gewisse Richtungen Lateinkenntnisse oder Kenntnisse nachholenden sinne. In beschränkter Form öffnen auch Primarlehrerpraktanten, Technikumsdiplome und Zulassungsprüfungen sowie die internationale Maturität die Türen zur Alma mater.

Die Immatrikulation ohne Matura will jedoch nicht schuldigen Gymnasialisten das Leben erleichtern: Interessenten müssen mindestens 25-jährig und drei Jahre lang berufstätig gewesen sein. Sie müssen detaillierte Angaben über ihre Ausbildung und Berufstätigkeit vorlegen oder sich einer Prüfung unterziehen. Voraussetzung ist eine «gewisse Kultur». Die Auswahl will den Massenandrang von Studenten ohne Matura verhindern, und nach ersten Schätzungen rechnet man in Genf im ersten Jahr nur mit einigen Dutzend erfolgreichen Anwärtern – unter denen in erster Linie

Leute aus dem Kanton Genf berücksichtigt werden.

(Marcel Schwander im Zürcher «Tages-Anzeiger»)



Université populaire...



«Die Aktivitäten der extremen Linken verdienen unser Misstrauen, unsere äusserste Wachsamkeit. Deren Bestreben, deren ideologischer Fanatismus, hat das Ziel, unser freihetlich (jetzt kommt's) kapitalistisches System einer weitgehend realisierten Chancengleichheit durch Theorien des Kommunismus-Marxismus zu ersetzen.» So Max E. Ammann im «Luzerner Tagblatt» vom 18. 12. 1976. Schön, dass er gleich sagt, was es in der Schweiz zu verteidigen gibt.

Was erwartet der Schweizer vom Jahr 1977? Nach einer Meinungsumfrage der Isopublic glauben 41%, dass im nächsten Jahr die Vollbeschäftigung wieder erreicht wird. Vor einem Jahr haben nur 16% daran geglaubt. Nur ein Drittel meint an, dass mehr gestreikt werden wird. Für 54% bleibt der soziale Frieden erhalten. Noch nie waren so viele davon überzeugt. Was macht man nur mit all den optimistischen Arbeitslosen?

Die Warschau-Pakt-Staaten haben der Nato den Vorschlag gemacht, einen Vertrag abzuschliessen, nach welchem sich beide Seiten verpflichten, nicht als erste Nuklearwaffen zu verwenden. Die Ausenminister der Nato-Staaten haben in einer Entschliessung den Vorschlag aus

dem Osten zurückgewiesen. Die Situation des gegenseitigen Misstrauens ist bekannt und überrascht denn auch kaum. Bemerkenswert ist allerdings die Begründung des Nato. Sie: «Die Nato-Staaten wollen gegebenenfalls nicht auf den für die Verteidigung erforderlichen Einsatz irgendwelcher ihnen zur Verfügung stehender Mittel verzichten». Im Klartext: Wenn schon Konflikt, dann gerade richtig.

Rund 85 Prozent aller schweizerischen Verwaltungsräte haben keine besonderen Aufgabenbereiche. Ohne eigentliche Arbeit (bei bescheidenem Zeitaufwand) beziehen 47 Prozent der Mandatsträger in der Wirtschaft bis zu 2500 Franken pro Vierteljahr, 27 Prozent der schweizerischen Verwaltungsräte-Sitzer beziehen mehr als 2000 Franken im Jahr, mehr als eine gelernte Verkäuferin bei 44-Stunden-Woche und 3 Wochen Urlaub. In drei Fällen wurden bei der Umfrage der «Schweizerischen Handelszeitung» Bezüge von bis zu 200 000 Franken für Delegierten-bzw. Präsidentenposten, bis zu über 16 000 Franken pro Monat also, angegeben.

«Affien sind begeisterte Fernsehzeuschauer, wenn die gezeigten Filme viel Bewegung aufweisen. Fussball, Ringkämpfe oder Polizeiaktionen lösen bei den Gorillas und Schimpansen rege Anteilnahme aus. Bei musikalischen Darbietungen oder Vorträgen zeigen die Affen dagegen keine Reaktionen», haben Wissenschaftler in den USA jetzt herausgefunden.

## Who is who der Schweizer Bildungspolitik

In der Schweiz zählt Wissenschafts- und Bildungspolitik zu den Geschäften, die zwar alle betreffen, zugleich aber einigen wenigen Spezialisten überlassen werden. Ob die Tatsache, dass Bildung und Wissenschaft hierzu in einer Sackgasse stecken, Resultat oder Ursache davon ist, sei dahingestellt. Jedenfalls wird der Zugang zu diesem politischen Ressort oft durch banale Unkenntnis einfacher Tatsachen verstellt. Dem hilft jetzt der von der Gesellschaft für Hochschule und Forschung (GHF) herausgegebene «Almanach wissenschafts- und bildungspolitischer Organisationen der Schweiz» (deutsch/französische Ausgabe) zu begnügen. Erstmals werden hier in relativer Vollständigkeit die grundlegenden Fakten über Behörden, öffentlichen Institutionen, Vereine und Stiftungen auf dem Gebiet der Bildungs- und Wissenschaftspolitik präsentiert: Name/Adresse, Rechts-

form, Gründungsjahr, letzte Statutenrevision, leitende Personen, Mitgliederzahl und regionale Verteilung, Organisationsformen/Organe. Die Anschaffung des Almanachs lohnt sich – nicht nur für «Spezialisten». Zu beziehen ist er für 18 Fr. in allen Buchhandlungen oder für 16 Fr. bei der Gesellschaft für Hochschule und Forschung (Talstrasse 83, 8001 Zürich).

Das grosse Lob, das der GHF für den Almanach und die darin steckende Mühe zu zollen ist, wird nicht gemindert durch Anregungen zu einer Ausgestaltung der Broschüre in kommenden Neuauflagen. Immerhin wäre zu bedenken, ob nicht auch die bildungs- und wissenschaftspolitischen Verantwortlichen der einzelnen Parteien, die Erziehungsdirektoren der einzelnen Kantone und die Studentenschaften der höheren Schulen aufgeführt werden sollten. bn



